

umtrenten zugute kommen. — Weiter tritt Redner für Befestigung der unerträglichen Verkehrsverhältnisse in Leipzig und für die Hebung der Verkehrsverhältnisse auf der Strecke Berlin-Bernau um an der Nordbahn ein und befristet den Ausbau des Systems der Sonntags- und Abkettelarbeiten. Schließlich wendet sich der Redner den Verkehrsverhältnissen im Westen zu: Im Ruhrgebiet, das immer mehr zu einer einzigen großen Stadt werde, müsse ein Vorort- und Nahverkehr nach dem Muster von Groß-Berlin eingeführt werden. Nachdem der Redner noch besondere Eisenbahnwünsche aus Ostpreußen und dem Sauerland zur Sprache gebracht hat, schließt er mit einer Volente gegen den konservativen Abgeordneten v. Haffel, der im Interesse der heimischen Arbeiter neue Bahnbauten im Westfälischen Rhein gebilligt habe, selbst aber in seiner Eigenschaft als Landrat die billigen ausländischen Arbeiter durchzusetzen bevoztuge. Das ist der konservativen „Schutz der nationalen Arbeit“. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach mehrstündiger Debatte geht die Vorlage an die Budget-Kommission.
Montag 11 Uhr: Kolossal.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

„Weißer Salbe“.

In welcher Hinsicht Weiße im Bergbau Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt und die existierenden Aufschlagsarbeiten hinter sich geführt werden, wurde vor dem Schöffengericht in Zwickau nachgewiesen. Unser Zwickauer Parteiblatt und die „Vergewerkschaft“ brachten vor einiger Zeit gleichlautende Artikel über Geschehnisse des „Aurorafeldes“ in Zwickau, in denen 16 einzelne Tatsachen für die Mißstände in dieser Grube behauptet wurden. Die gravierendsten seien hier angeführt: die Förderketten sind verrostet und die Arbeiter müssen teilweise bis an die Knie im Wasser und Schlamm waten. Die Frischwasserlöcher stehen im Schlamm und sind in einem Zustand, daß selbst der Aufschlagsbeamte geküßert hat, daraus könne man nicht trinken; das Wasser wird der Kohle durch die Förderketten in die Grube geschleudert, so daß sie überlaufen und die Strecke durchfluten. Die gesamten Abwässer kommen tagelang nicht wieder an ihren Platz. Das „Finstereisen“ der Grube (Abzüge für nicht bis zum Rande gefüllte Kohlenbunde) ist sehr im Schwunge. Für Winterkohle und unrauhes Kohle werden Straßen von 50 Wk. bis 3 Wk. ausgeworfen. Die Straßen werden jedem Arbeiter auferlegt, der an dem Rande beteiligt ist, ohne Rücksicht auf seine Schuld, so daß für einen Bund Kohle 6 Wk. und sogar 9 Wk. Strafe fällig werden können. An den Sappebergen und Halden fehlt es an ausreichendem Schutz für die Arbeiter. Die Weiterführung zwingt die Belegschaft teilweise mit elektrischen Lichtlampen zu arbeiten, weil die Luft so sauer ist. Eine Strecke war so verkerstet und betriebsunfähig, daß die Bergpolizei hätte einschreiten müssen. Es wurde aber trotzdem dort weitergearbeitet. Als die Inspektion erschien, wurde die Strecke aufgeschlagen und die Arbeiter wurden angehalten, den Inspektionsbeamten vorzutreten, daß durch diese Strecke nicht durchgefördert werde. Auch die Beamten beteiligten sich daran, aus der behördlichen Grubeninspektion „Weißer Salbe“ zu machen und „alles in Ordnung“ erscheinen zu lassen. Als der Inspektor durch war, wurde die Strecke wieder angegriffen und wieder in Betrieb genommen.

Die Werkverwalter, die bei jeder Gelegenheit zum städt. Amt verlagte und diesmal die verantwortlichen Redakteure der beiden Blätter. Der Gericht war nur der Genosse Barth vom „Schöffengericht“ erschienen. Die Verhandlung wurde wegen der Abwesenheit des Genossen Waagner von der „Vergewerkschaft“ vertagt. Dennoch wurde in eine vorläufige Vernehmung der Zeugen eingetreten, die sich sofort rückhaltlos auf den Boden der beiden Artikel stellten; auch ein Zeiger mußte sich neigen, die von ihm anfänglich bestrittenen Verletzungen der Arbeitergenossen als richtig anzuerkennen. Daraufhin erklärte die Werkleitung bereit, die Klage zurückzunehmen, wenn Barth ein Verbot der Gerichtsstellen trage. Diese Bedingung wurde angenommen, weil im „Schöffengericht“ die unredliche Person für die Mißstände verantwortlich gemacht worden war. Genosse Waagner ging natürlich auf die ablehne ihm gestellte Bedingung nicht ein. Er wollte als praktischer Bergmann diesen ganzen Grubenbetrieb einmal bei Licht betrachten lassen. Da wählte die Werkverwaltung den besseren Teil der Tapferkeit — sie zog die Klage zurück!

Deutsches Reich und Ausland.

Der Stadtmagistrat München als Lohnrücker und Tarifbrecher.

Wenn der Münchener Magistrat es bisher verstanden hat, den Ruf einer sozial rechtlich orientierten Stadtverwaltung ausreicht zu halten, so scheint das Bannamt die Absicht zu haben, jetzt diesen Ruf gründlich zu beistimmen zu wollen. Dem im Regierbetriebe beschäftigten Magistraten ist nämlich in diesen Tagen ganz plötzlich eine zehnprozentige Lohnherabsetzung auferlegt worden, die lediglich damit begründet wird, daß die Magistraten bei den bisherigen Verdiensten zu hohen Verdiensten erzielt haben.

Arbeitswillige Maurer gesucht.

Um einem längst gefühlten dringenden Bedürfnis abzuwehren, soll wieder einmal ein Denkmal errichtet werden. Nach einem Besinnen hat sich sogar ein Ereignis gefunden, dessen historische Bedeutung man der Nachwelt in Erinnerung rufen möchte. Am 25. April 1910 ist bei Weilburg der „Zeppelin II“ zur Erde gegangen. vier Jahre später, am 25. April 1914, wurde an der Unglücksstelle der Grundstein zu einer Zeppelin-Pyramide gelegt. Feierlich wurden eine Urkunde über den Vorgang, einige Münzen, ein paar übriggebliebene Reste des verunglückten Luftschiffes und — ein Exemplar des Weiburger Tageblattes in den Grundstein eingemauert. Zur Errichtung der Pyramide werden nun Arbeitswillige gesucht und ein jeder kann aus seiner Heimat einen Baustein mitbringen und selbst einmauern. Rast braucht niemand mitbringen, da am Orte vorhanden. Vorhanden bei der manchem ungewohnten Tätigkeit ist geboten; die Vergütung für das Bauwerk kommt bei diesem Bau für Unfallschaden nicht auf. Wer die Probezeit glücklich überstanden hat, kann sich obendrein in das Namensregister der Pyramidenbauer eintragen. Also, Deutsche, auf nach Weilburg!

Waffenstillstand im Colorado-Gebiet.

Zwischen den Kohlengräbern und der Staatsmiliz ist in Denver (Colorado) ein Waffenstillstand zustande gekommen. Die Truppen des Staates Colorado befanden sich bereits unter Führung des Generals John Chafee auf dem Marsche nach Ludlow, nachdem sie sich im Laufe des Tages der Dörfchen Lynx und Aguilar ohne Widerstand der Streikenden bemächtigt hatten. In Aguilar setzten die Milizen die Grubenbeamten in Freiheit, die seit Mittwoch in der South-Western- und der Empiregrube eingeschlossen waren. Die Streikenden zogen nordwärts nach dem Curtis-canon ab. Unter großer Beteiligung wurden heute die vierzehn Opfer des Selbstmordes in Ludlow beigesetzt. In der letzten Kabinetsitzung in Washington wurden die Urachen in Colorado ausführlich erörtert. Arbeitsminister Wilson erklärte, daß für die Bundesregierung keine Möglichkeit bestehe, für die Beendigung des Streiks mehr zu tun, als bisher geschehen sei.

Die Bergarbeiterkämpfe in Colorado, Amerika. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, werden die in Colorado ausgebrochenen Streikunruhen und Zusammenstöße der bewaffneten Kohlenarbeiter mit der Staatsmiliz immer enger. Die Bewegung ergreift immer weitere Abwechslung. Die Streikführer in Denver bewilligte 600 Dollars zur Anschaffung von Waffen, um der Miliz entgegenzutreten zu können. Der Staatsverband der Gewerkschaften erließ einen Aufruf an alle Arbeiter, sich zu bewaffnen und unverzüglich zur Unterstützung der Kohlenarbeiter nach Colorado zu ziehen. Zwischen Truppen und bewaffneten Streikern begann am Freitag morgen ein Kampf nahe Bunkerhill ein hartes Gefecht. Die Streikenden brachten während desselben zwei Militärs nahe Wauson zum Tode.

Der Streik ist zu einem gefährlichen Zustand geworden. Zwischen den Bergarbeitern und der Miliz ist eine förmliche Schlacht im Gange, die sich über sechs Meilen ausdehnt. Beide Parteien bemühen sich in dem Kampfe die Mittel zu beschaffen, die Streikenden verschiedene Geschosse in ihre Hände bekommen haben. Die Arbeiter überfielen den Adjutanten des Denver kommandierenden Generals und nahmen ihn gefangen. Sie beherrschten die Telegraphenleitungen und üben über die Telegramme eine Kontrolle aus.

Drei Monate Gefängnis für einen Badenstreich! Natürlich war diese hohe Strafe einem Streikenden zugebracht, der einem Arbeitswilligen einen Badenstreich gegeben hatte. Der Fußhacker Schmiediger in Berlin entließ eines Tages einen Arbeiter, weil er vernommen hatte, daß dieser im Transportarbeiterverband eine Rolle spiele. Die anderen Arbeiter, etwa 30 an der Zahl, erklärten sich mit ihrem Kollegen solidarisch und verlangten die Wiedereinstellung des Entlassenen. Da dies abgelehnt wurde, legten sie die Arbeit nieder. Einige Tage darauf nahm ein Aufseher Krosch, der sich an der Beschlußfassung für Einstellung der Arbeit beteiligt hatte, die Arbeit wieder auf. Es kam infolgedessen zwischen Krosch und den streikenden Arbeitern zu einer kleinen Rempel, wobei Krosch August Jden dem Krosch einen Badenstreich verfehlte. Die 134. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte verurteilte deshalb Jden wegen vorläufiger Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Reich bemerkte in der Urteilsbegründung: Die Handlungsweise des Angeklagten und seiner unbekanntem Helfershelfer stelle eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Es rechtfertige sich deshalb die erkannte Strafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld leitete Vernehmung ein und führte in der Verhandlung am Freitag vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I Berlin aus: Die Strafe rechtfertige sich in keiner Weise, da einmal der Badenstreich keinerlei Folgen für Krosch gehabt habe, andererseits aber berücksichtigt werden müsse, daß Krosch selbst den Streik mit beschließen und anfänglich mitgestreift habe, mithin Jden in erklärlicher Erregung gewesen sei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Dr. Wandel, bemerkte: Es sei wohl erforderlich, die Arbeitswilligen besonders zu schützen, allein er erkenne an, daß Jden in erklärlicher Erregung gehandelt habe, auch seien keinerlei Folgen durch die Körperverletzung eingetreten. Er beantrage deshalb die Strafe auf zwei Monate herabzusetzen. Das Gericht trat dem Ansuchen des Staatsanwalts und des Verteidigers bei; es setzte die Strafe auf sechs Wochen Gefängnis herab.

Parteiangelegenheiten.

Genosse Karsti aus der Haft entlassen. Genosse Karsti, der sich nicht in Kiel, sondern in Berlin in Untersuchungshaft befand, ist Sonnabend mittags gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Mark aus der Haft entlassen worden. Nach der kürzlichen Ablehnung der Dalkenauhaftung durch das hiesige Gericht ist die jetzige Entscheidung um so erfreulicher, als es in der Ablehnung heißt: bei der zu erwartenden hohen Strafe und in Rücksicht auf die Tatsache, daß Karsti Ausländer sei, wäre ein Rückverdict um so eher begründet. Das Gericht scheint nun doch von seiner Meinung, daß eine hohe Strafe zu erwarten sei, abgekommen zu sein.

Jugendbewegung.

Polizeifabel gegen Jugendliche.

Die Polizei von Lichtenberg bei Berlin scheint entlassen zu sein, den Weg der Ungezügelt bis in seine äußersten Konsequenzen zu verfolgen. Nachdem sie am 8. d. Mts. eine unpolitische Jugendversammlung mit ungezügelter Gewalt auseinandergetrieben, hat sie eine für den 16. neu anberaumte Versammlung in ebenso ungezügelter Weise für Jugendliche gesperrt und eine private Zusammenkunft der Ausgeworfenen mit Gewalt gezwungen. Nicht zufrieden damit, hat sie zum Schluß noch eine förmliche Strafverfolgung gegen die Jugendlichen inszeniert und mit den Säbeln dreingehaut, mehrere junge Leute verlegt, viele andere veranget.

Der Grund der Polizeitaktik liegt, so seltsam es klingt, in dem Umstand, daß Lichtenberg und Berlin von einander getrennte Polizeiverwaltungen haben. Des Total, in dem die Jugendlichen ihre Zusammenkunft abhielten. Jetzt ganz nahe der Berliner Stadtgrenze; gelang es den Vertriebenen, Berliner Gebiet zu erreichen, dann waren sie der Gewalt des höchsten kommandierenden Polizeikommandanten von Lichtenberg entronnen. Eine Parteiführer hatte dem zwei schon das „rotunde Ufer“, nämlich den nördlichen Bürgersteig der Frankfurter Allee, erreicht, als der Polizeikommandant die Gefahr merkte, die seinem Prestige drohte, und den Befehl gab, die jungen Leute nach dem südlichen Bürgersteig zu jagen, der noch zu Lichtenberg gehörte. „Für seid Lichtenberger“. In Berlin habt ihr nichts zu suchen“, entließ herrliche Leutnant, der zuvor auf die Vorbereitung, es handelt sich um keine politische Versammlung verantwortlich hatte: „Das ist mir ganz Wurs!“ — In Lichtenberg ist demnach nicht nur das Verbot, sondern auch die Freiheitsverweigerung aufgehoben. Und um dem Befehl des Kommandanten Gehör zu verschaffen, hat man sich nicht gehütet, gegen halbe Kinder die Säbel zu ziehen!

Um das Schreckliche zu verhindern, daß die Jugendlichen in einer unpolitischen Versammlung diese oder jene politische Aufregung zu hören bekommen könnten, hat man ein Verbot erlassen, das durch seine fünfzehn Abschlüsse Tausende junger Leute zu hasserfüllten Gegnern des herrschenden Systems machen muß. So wird die Jugend nicht nur politisiert, sondern geradezu revolutionisiert von der Polizei. Denn wie einmal, wie in der Donnerstagnacht die Lichtenberger Jungen, im vollen Genuß seiner Unschuld die preußischen Polizeifabel über den Köpfe blitzen gesehen hat, der ist für alle Zeit geistig mit hurrapatriotischen Anwandlungen und lokaler Unterwürfigkeit: der kennt sein Preußen und weiß für alle Zeit, wie er sich zu ihm zu stellen hat!

Es braucht auch nicht näher beschrieben zu werden, mit welchen Gefühlen die gesamt Arbeiterwelt die Tatsache aufnimmt, daß ein Duzend preußischer Helben mit dem Säbel in der Faust ein Schatz harnloser, unbewaffneter Jungen und Mädel in die Knie gezwungen hat. Es scheint aber, als müßte es noch eine Weile so weiter fortgesetzt, ja am Ende noch schlimmer werden, bis endlich ein allgemeiner Sturm der Enttäuschung diesen tollen Zuständen ein Ende macht.

Bürgerliche für Schillers „Bürgerschaft“. In Stegmar bei Chemnitz plante der Jugendklub einen Unterhaltungsabend. Nicht Lane vor dem in Aussicht genommenen Termin wurde die Veranstaltung auf dem Gemeindefest an demselben. Auf die Frage, was denn vorgetragen werden solle, führte der Anmeldebende einige Volkslieder und Gedichte an; darunter

„Bürgerschaft“. Der der Bedeutung dieses Liedes zunächst der Festrede plößlich die Stimm und verlangte den Text dieses vorzüglichen Opus zu sehen, woraus gefordert werden muß, daß ihm entweder Danks oder die „Bürgerschaft“, viellecht aber auch beides, unbekannt Begriffe sind. Um ihn nun von der völligen Ungefährlichkeit des Gedichtes zu überzeugen, belagte der anmeldebende Kollege dem Festreden ein amiliches Volkslied, lesebuch, in dem die „Bürgerschaft“ abgedruckt steht. Dieser aber war weit entfernt, sich damit zu beruhigen. Er erklärte, das Buch, wohlgemerkt, das an der Schule benutzte Lesebuch, müsse der Amtshauptmannschaft zur Prüfung eingeschickt werden! So geschah es und das Buch blieb dort. Wenige Stunden bevor der Unterhaltungsabend beginnen sollte, ließ nun plößlich ein Bescheid der Amtshauptmannschaft ein, monach der Sonntag nicht stattfinden dürfe. Grund: Die Anmeldung hätte in den besten 14 Tage vorher bei der Amtshauptmannschaft erfolgen müssen. — Wir finden das sehr berechtigt: 14 Tage Zeit braucht eine königlich sächsische Behörde schon, um sich mit dem Inhalt eines so schwierigen und völlig unbekanntem Gedichtes vertraut zu machen. Wer bürgt ihr schließlich für die Darmlosigkeit dieser „Bürgerschaft“, in deren erster Zeile gleich etwas von einem Tyrannen steht?

Arbeiterjugend. Die hohen erschienenen Nr. 9 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der erste Mai und die Jugend. — Frühens Simulakrum. — Ideale und Klassenkampf. — Der vorgezeichnete Mensch. Von Gg. Enselbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Vom Kriegsschauplatz. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw. Beilage: Fiktion. Erzählung von Johan Bojer. — Der Tag der Tat. Gedicht von Alara Müller. — Schillerlied. — Wie ein plastisches Kunstwerk entsteht. Von Adolf Bruns. (Mit Abbildungen.) — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Paenisch. — Wäcker für die Jugend. — Kreuz und Quer durch den Baltan. Beschreibung von Curt Wlging.

Schlesien und Posen.

Bunzlau, 26. April. Die Beerdigung u. s. w. Genossen Schebs. Tausende haben unsern zu früh dahingegangenen Genossen Reinhold Schebs am heutigen Tage das letzte Geleit gegeben; eine solche Beerdigung dürfte Bunzlau noch nicht gesehen haben. Die gesamte organisierte Arbeiterchaft von Bunzlau und Umgegend war vertreten, und mehr als zwanzig große Kränze mit schönen Schleißen und Widmungen bewiesen deutlich, welcher Liebe und Anhänglichkeit sich der Verstorbene bei jedermann erfreute. Ehe Genosse Schebs seinen letzten Weg antrat, lag er aufgebahrt im Saale der „Drei Kronen“, wo sich viele Hunderte Kopf an Kopf drängten, um der Trauerfeier beizuwohnen. Unser Gesangverein tat sein Bestes mit zwei erhabenden Liedern, und die Genossen Neulich aus Breslau Ritter aus Görlitz und die Genossen Scholz und Junge in Bunzlau hielten tiefempfindende Gedächtnisreden. Wenn es nach dem Wunsch der evangelischen Geistlichkeit gegangen wäre, dann ruhte unter Genosse Schebs nicht in Bunzlauer Erde. Sie meinte, er sollte in Lüben begraben werden, wo er gestorben ist, und schließlich gefiel ihr auch der Sonntag als Beerdigungstag nicht. Als es doch bei Bunzlau blieb und beim Sonntag, da verordnete man: rote Kränze dürfen im Zuge nicht getragen und auch nicht auf den Friedhof gebracht werden. Man ersieht daraus, die christliche Duldsamkeit ist überall gleich groß.

Chlau, 26. April. Seinem Soldatenleben freiwillig ein Ende machen wollte ein Husar der 2. Schwabron des hiesigen Regiments. Er brachte sich mit dem Karabiner, den er mit einer Wagnspatrone geladen hatte, einen Schuß in den Unterleib bei. Am Sonnabend lebte der im ersten Jahre dienende Lebensmüde noch, dürfte aber nach Aussage der Ärzte kaum mit dem Leben davonkommen. Der Grund zum Selbstmord ist natürlich nicht bekannt.

Chlau, 27. April. Festgellemmt im Schornstein. Ein eigentümlicher Unfall ereignete sich in Chlmannsdorf. Dort fiel ein zweijähriges Kind durch eines der Reinigungsflüchen in den Schornstein. Da dieser immer so eng war, daß das Kind nicht herausgezogen werden konnte, mußte das Mauerwerk an der Stelle aufgebrochen werden. Das Kind wurde rußgeschwärzt, aber unverletzt, vorgefunden.

Brieg, 27. April. Selbstmord auf den Schienen. Als der Personenzug Nr. 271 Freitag früh 7 Uhr 14 Minuten in Dambrau hielt, stieg ein Mann aus dem Zuge, der sich bei Abgang desselben vor diesen auf die Schienen warf. Der Kopf wurde ihm glatt vom Kumpse getrennt. Der Selbstmörder ist der Landwirt Johann Kopyla aus Gallzien.

Waldenburg, 27. April. Wieder zwei Opfer für den Kapitalismus. Auf dem kürzlichen Bahnschacht ging in der Nacht zum Sonnabend ein Klärpfeiler zu Bruche. Das hereinbrechende Wasser, ungefähr 600 Kubikmeter, ergoß sich über einen schwebenden Berg in den darunter einsinkenden Berg und konnte hier nicht mehr fort. Die Hauer Paul Weiß und Reinhold Gersch, die vor einem einsinkenden Streckenbetrieb arbeiteten, wurden von den Wassermassen überrollt. Weiß konnte sich noch rechtzeitig retten, Gersch ist jedoch ertrunken.

Auf der Koksanstalt der Gullaw-Grube in Rothenbach verunglückte am Mittwoch vormittag der Arbeiter Gustav Stöckel von hier dadurch, daß er beim Rücken einer bereits festgemachten Koksfontäne ansehend verlegenlich den eisernen Vorsteckriegel aus den Inflectoren herauszog, wodurch die Tür ihren Halt verlor und auf ihn herabsiel. Stöckel erlitt hierdurch eine schwere Quetschung des Brustkorbes. Es wurde keine allbaldige Ueberführung nach dem Knapfsteinslagerort in Waldenburg veranlaßt, doch ist er bereits auf dem Transport dahin gestorben. Er war 38 Jahre alt und verheiratet.

Steinau a. O., 27. April. Der Unfitt mit Petroleum Feuer zu machen, ist in dem nahen Dorfe Sedlitz das 14-jährige Mädchen Zimane zum Opfer gefallen.

Hirschberg, 27. April. Geheilt. Der am Ostersonntag von dem Haushalter Kahl durch einen Revolverbeschuss schwerverletzte Ortsbesitzer Horng am Ober-Verbischoff ist am Freitag als geheilt aus dem Hirschberger Krankenhaus entlassen worden.

Ziegenhals, 27. April. Ein klägliches Kaiserhoch. Als am Sonnabend die erste Abteilung der Kontrollmannschaft zum Schluß der Kontrollversammlung vom leitenden Offizier aufgelöst wurde, in das übliche Kaiserhoch einzustimmen, war daselbe nach Ansicht des Offiziers wenig kräftig genug. Seinen Unmut darüber brachte er in heftigen Worten zum Ausdruck und erklärte, die nächste Kontrollversammlung länger auszu dehnen. (Vielleicht um das Kaiserhoch zu üben.) — Wenn der Hurrapatriotismus nicht mehr so in Siebehtige gerät, wie früher, so haben dazu die Vorgänge in Zabern sowie die fortwährenden Fälle von Soldatenmißhandlungen das Ihrige dazu beigetragen.

Posen, 27. April. Die Leiche des braven Alexander gehilfen Johann Orlovski, der am 14. ds. Mts. bei der Rettung zweier Kinder an der großen Schiffsunglück ums Leben gekommen ist, wurde Sonnabend vormittag in der Beerdigung der Volksküche gelandet.

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Brauereistraße 1/6,
und durch Kolportageur zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mfr. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mfr. 2.50,
post ins Haus Mfr. 2.92,
wo keine Post am Orte, Mfr. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Belegexemplar beträgt
für die einjährige Kolportage
über deren Raum 40 Pf.
Kontingente unter Tag 1 Mfr.
Anzeige für Arbeitsmarkt 25 Pf.
Kontingente 25 Pf.
Kontingente für Sammlungs-Zwecke
15 Pf.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 98. Breslau, Dienstag, den 28. April 1914. 25. Jahrgang.

Erfolge in Frankreich.

Der gewaltigen nationalistischen Hege zum Trotz haben die Wahlen in Frankreich am Sonntag einen großen Sieg der Sozialisten gebracht. Der Stimmengewinn beträgt etwa eine halbe Million gegenüber der Wahl von 1910. Im ersten Wahlgang wurden 41 Sitze gewonnen, darunter vier neu eroberte. 1910 erhielten wir im ersten Wahlgang nur 26 Sitze. Verloren wurde ein Mandat. Im Seine-Departement entfielen 34 Prozent der Stimmen auf die Sozialisten. Jaures wurde zum ersten Male im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt. Er wählte wurde auch Gambat. Rouanet, der 21 Gegenkandidaten hatte, erlitt einen Stimmenverlust und steht in Stichwahl. Longuet, der Enfant Marx, und Sachin stehen in absolut sicherer Stichwahl. Für den zweiten Wahlgang haben eine ganze Anzahl sozialistischer Kandidaten günstige Aussichten. Die Ministerabgeordneten sind alle wiedergewählt. Irland hat 3000 Stimmen verloren, Millerand siegte mit Mühe über den Sozialisten, Barthou hat seine alte Mehrheit behalten.

Bis morgens 2 Uhr standen Tausende von Menschen vor der „Humanité“, die sozialistischen Siege wurden mit jubelnden Kundgebungen begrüßt. Bei der Verkündung der Wahl von Jaures und Guesde stimmten die Massen der Internationalen an. Der Sieg des früheren Finanzministers Caillaux wurde ebenfalls begeistert aufgenommen. Der vorläufige Gesamteindruck ist: Grotes Wachstum der Sozialisten, Niederlage der geeinigten Radikalen und Erhalten der rechtskritischen Gruppen unter Briands Führung. Aber keinesfalls ist der von den Nationalisten erhoffte Sieg erfolgt worden. Die bemerkenswerte Erscheinung und zugleich die beste Antwort auf die Hege der Freunde der dreißährigen Dienstzeit ist das Anwachsen der sozialistischen Stimmen.

Wir können schon jetzt erklären, daß die Wahlen allgemein für die sozialistische Partei einen großen Sieg bedeuten. Im Seine-Departement allein verzeichnet die Partei einen Zuwachs von 55 000 Stimmen, so schreibt Jaures bereits am ersten Tage in der „Humanité“, ehe der große Teil der Wahlen sich noch überlesen ließ. Inzwischen sind von 602 Kammerwahlen 593 Ergebnisse bekannt. Gewählt wurden 59 Konservative und Katholisch-Liberale, 54 gemäßigte Republikaner, 51 Linkrepublikaner, 26 Radikale, 8 Republikanisch-Radikale, 86 geeinigte Radikale, 16 sozialistische Republikaner, 41 geeinigte Sozialisten. Außerdem sind 251 Stichwahlen erforderlich.

Aussehen nur noch die Wahlergebnisse aus den Kolonien. Die Konservative und Katholiken gewinnen 7, die gemäßigten Republikaner 5, die Linkrepublikaner 10, die radikalen Republikaner verlieren 6, die geeinigten Sozialisten gewinnen 4 und verlieren nichts, die bürgerlich-sozialistischen Republikaner verlieren 2 Sitze.

Der Reichstag.

Am 28. April tritt der Reichstag wieder zusammen, um den Etat fertigzustellen und womöglich auch noch einige kleinere Gesetzentwürfe zu erledigen. Man kann nicht sagen, daß sein Zusammentritt mit übermäßig großer Spannung erwartet wird. Nachdem die bürgerlichen Mittelparteien in der Zabern-Angelegenheit ihre Schwäche offenbart haben, sind die Hoffnungen, die man im Volke auf den Reichstag als Ganzes setzt, vielfach bis auf den Nullpunkt herabgesunken. Die Affäre, die solange die Deffentlichkeit in Atem hielt, ist jetzt wirklich erledigt, nachdem das Parlament Zug um Zug vor dem Militärabsolutismus zurückgewichen ist. Nicht nur blieb das berühmte Misstrauensvotum vom 4. Dezember ohne jede Folgen, nicht nur der Versuch ist gescheitert, die Frage des militärischen Waffengebrauchs rechtsrechtlich zu regeln, selbst der bestehende Wunsch, der sich in einem national-liberalen Antrag verdichtete, die Regierung möge dem Reichstag von den Ergebnissen der angeordneten „Nachprüfung“ offiziell Kenntnis geben, hat keine Erfüllung gefunden. Auch dieser sachlich bedeutungslose „Flaggenfall“ werde dem Reichstag verweigert. Das Entscheidende der ganzen Frage ist aber nicht, was in der neuen Verordnung drinsteht und was nicht in ihr drinsteht, das Entscheidende ist, wer die Grenzen festzusetzen hat, die dem Militär in seinem Verhältnis zur Zivilbevölkerung gesteckt sind. Der Militärabsolutismus kann die Normen, die er für sich selber aufstellt, nach Belieben auslegen, oder auch, wenn er sie unzureichend findet, durch andere ersetzen. Dem Reichstag aber, der das Geld für Pulver und Blei bewilligt, ist erfolgreich das Recht verweigert worden, zu bestimmen, unter welchen Umständen die von ihm bewilligten Nachmittels gegen Teile des deutschen Volkes selbst angewandt werden dürfen. Eine grundlegende Frage der Verfassung ist damit zu ungunsten der Volksvertretung entschieden.

Die bürgerlichen Parteien sind mit dieser Entscheidung zufrieden, und die Sozialdemokratie wird mit der Kritik an ihr voraussichtlich so ziemlich allsinstehen. Wenn auch diese Kritik sicher die Zustimmung der weitesten Kreise. Aber die sozialdemokratische Parteihängerschaft hinaus, finden wird, so kann sie doch notgedrungen nichts anderes mehr, als eine

Nach- und Grabrede sein. Doch die Bedeutung eines Parlaments besteht in der Hauptsache nicht darin, Betrachtungen über Vergangenes anzustellen, sondern durch Mehrheitswillen Entscheidungen zu treffen, in die Zukunft hinein zu wirken.

Da ist es nun gerade wieder der unglückliche Ausgang der Zabernaffäre, der innerhalb wie außerhalb des Hauses lärmend auf alle Hoffnungen wirken muß. Wohl wird es bei der Veratung des Kolonialen, wie des Militärrelats an neuen Erregungstoffen nicht fehlen, aber wer erwartet, daß durch Aeußerungen oder Beschlüsse des Reichstags große Wendungen in der Politik herbeigeführt, eingeleitete Mißstände energisch beseitigt, verantwortliche Personen aus ihren Stellungen entfernt werden könnten? Die parlamentarische Kritik ist deswegen noch nicht anfechtbar, aber sie gleicht dem steilen Tropfen, der den Stein höhlt; sie hat durch die zähe Energie, mit der sie von sozialdemokratischer Seite betrieben wird, sicher schon manches Gute gewirkt. Die Einwirkung vollzieht sich ganz allmählich und ist unmerkbar, und immer ist der Reichstag dem Volke jede entscheidende weishin sichtbare Tat der Reinigung und Besserung schuldig geblieben. Der Reichstag vom 4. Dezember schien ein Anlauf zu einer solchen Tat zu sein, aber er geriet nicht über eine Gese hinaus, die nachträglich, da alle weiteren Folgen ausblieben, nur noch lächerlich wirkt. Kommt es zu neuen parlamentarischen Kämpfen, so wird die Regierung mit gestärktem Machtbewusstsein in sie eintreten: sie hat ja keinen Grund, den Reichstag ernst zu nehmen, als er sich selber nimmt. Sie weiß aus den Erfahrungen einer bald halbjährhundertlangen parlamentarischen Geschichte, was es mit solchen Kämpfen auf sich hat: Es ist ein schöner Lärm und nachher ist es auch noch so.

Nur dem Etat liegt dem Reichstag noch ein ganzer Haufen von Regierungsentwürfen vor, vieles, aber nicht viel! Was da an Paragrafenmaterial angehäuft ist, bietet Stoff zu parlamentarischen Beratungen für die nächsten drei Jahre und darüber hinaus. Da ist die Novelle zur Besoldungsordnung, das Gesetz über die Unterfügung der Alpenstoväre, der Entwurf über die Kennzeichen, über die Getreidezolltarif, das Spionagegesetz, das Schauldenstrafgesetz, die Gesetze über Postdampferverbindungen, über das Disziplinarverfahren gegen Reichsbeamte, den Kolonialgerichtshof, den Luftverkehr, Hausieren, Wanderlaaer, Jugendgerichte, Zeugenaufgehören, Galzwirtschaften, Kino, Kaff, Petroleum! Dazu Sonntagsruhe, Konkurrenzklause, Militärstrafgesetz! Und will sich nimmer erschöpfen und leeren!

Der Reichstag kann, wie jeder vernünftige Mensch ein sieht, von diesem Pensum höchstens noch das eine oder das andere Stück erledigen, dessen Verabschiedung besonders dringend ist. Darüber werden Vereinbarungen zwischen den Parteien und der Regierung zu treffen sein. Alles andere kann er nur in seinen Kommissionen zu späterer Beschlusfassung vorbereiten. Wird der Reichstag aber, wie von mancher Seite vorausgesetzt wird, über den Sommer nicht vertaakt, sondern geschlossen, dann sind alle Vorarbeiten für die Roke gewesen, dann heißt es, im nächsten Herbst alles wieder von vorne anfangen. Würde die Regierung so handeln, so könnte man nicht plauben, daß es ihr mit der gesetzgeberischen Arbeit überhaupt noch ernst ist: alles würde einer imperatorischen Geste des Absolutismus geopfert werden.

Allerdings, wenn man sich die Musterkarte der bureaukratischen Gesetzmacherei besieht, so findet man nicht allzu viel darin, dessen Verschwinden man beklagen dürfte. Die paar Gesetze, die wirklich Gutes stiften können — wie die Besoldungsordnung, die Konkurrenzklause, das Sonntagsruhegesetz, die Reform des Militärstrafgesetzes — drohen ohnehin an den reaktionären Widerständen zu scheitern, die sich allen notwendigen Verbesserungsversuchen entgegenstellen. Wenn der Reichstag in die Sommerferien geht, wird er wahrscheinlich kein einziges Gesetz beschließen haben, das den Interessen der großen Volksmassen dient und ihren Beifall finden könnte. Eine mittelmäßige Regierung wacht ängstlich darüber, daß der Reichstag keine allzu starke Initiative entwickle und den bürgerlichen Parteien fehlt jeder Wille zu bedeutenden positiven Leistungen. Den Rest besorgt dann die Sommer Sonne, bis der Strom der parlamentarischen Schöpferkraft, ein trübes Wasserlein, im Sande vertritt.

Der Krieg gegen Mexiko.

Eine Verschärfung des Konflikts.

Der nordamerikanische Generalkonsul Hanna in Monterrey berichtet von einer durch Föderalisten erlittenen Demütigung. Der Hauptmann der Bundesstruppen kam am 21. April in Begleitung von Pöbel vor das Konsulat, erbrach die Tür und forderte die Einzuehung der Flagge der Vereinigten Staaten, andernfalls würde man ihn erschließen. Inzwischen hielten andere Bundesjoldaten die Flagge herunter und traten darauf herum. In das Generalkonsulat wurde eine Wache gelegt, und alle Insassen wurden gefangen genommen. Am 22. April durchsuchte die Polizei das Gebäude. Der Generalkonsul wurde unter dem Geleit der Menge über die Straße geschleppt, ins Zuchthaus gefahren, sodann im Gerichtsgebäude unter scharfer Bewachung gehalten und abends vor

einem Kriegsgericht beschuldigt, er halte es mit den Rebellen. Er wurde erst am 24. April freigelassen, als die Rebellen Monterrey eingenommen hatten, die sehr entgegenkommend waren. Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan waren sehr aufgebracht über die Föderalisten.

Der Stand der Vermittlungsfrage.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin: Nachdem die Unionstaaten das Angebot der drei südamerikanischen Republiken für eine friedliche Beilegung des Streites zwischen ihnen und Mexiko angenommen haben, werden die Vertreter der europäischen Mächte in Mexiko jedenfalls darauf hinguwirken suchen, daß das Angebot auch seitens Mexikos angenommen wird. Der deutsche Votschafter in Washington sprach beim Staatsdepartement vor und teilte dem Staatssekretär Bryan mit, Deutschland würde durch seine Gesandtschaft in Mexiko seinen Einfluß dahin ausüben, Querta zu bewegen, daß er die Vermittlung annehme. — Ferner meldet ein Telegramm aus Washington, daß man dort in amtlichen Kreisen über die Aussicht erfreut zu sein scheint, daß Querta dem Vermittlungsvorschlag zustimmen werde; aber trotz aller Friedenshoffnung dürften die Kriegsvorbereitungen für die Arme und die Flotte nicht nachlassen.

Die Ausländer in Mexiko.

Mexiko, 27. April. Die deutsche Kolonie befindet sich wohl und ist infolge der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen guten Mutes. Veracruz, 27. April. Der britische Gesandte Carden teilte dem hiesigen britischen Konsulate mit, Querta habe eingewilligt, einen weiteren Zug mit Flüchtlingen abzugeben. Morgen wird die Ankunft von 250 Fremden in der Hauptstadt erwartet. Washington, 27. April. Nach einer Konferenz mit Wilson kündigte Staatssekretär Bryan an, daß die Verhandlungen abgeschlossen seien, um allen Amerikanern zu gestatten, Mexiko zu verlassen. 700 Amerikaner mit Frauen, die noch in der Stadt Mexiko weilen, begannen mit den Vorbereitungen zur Abreise.

Kriegsrecht in Veracruz.

New York, 27. April. Da in Veracruz immer auf Amerikaner geschossen wurde, erklärte Admiral Fletcher das Kriegsrecht. Der Bevölkerung wurde aufgegeben, bis gestern mittag alle Waffen abzugeben, worauf ganze Wagenladungen abgegeben wurden. Abends wurden aber noch vier Mexikaner auf dem Friedhof erschossen, weil sie einen Sarg trugen in dem Gewehre verborgen waren.

Politische Uebersicht.

Wer fliegt?

Zu den Blättchen, welche die alle, aber immer noch schöne Geschichte von dem Terror der Sozialdemokratie aus größeren Organen regelmäßig abschreiben resp. aufleben, gehört die sonst weiter nicht beachtenswerte „Schles. Morgenzeitung“, die erst kürzlich das schöne Verslein jitzerte, nach dem „doch jetzt schon jeder fliegt, der nicht pariert.“ Aus dem Kreis der „Geflogenen“ werden wir nun darauf aufmerksam gemacht, daß nirgends mehr hinausfliegen, als aus dem Kreise derjenigen Konservativen, die von den Junfern gefüttert werden. So sind allein am 1. April aus ihrer Stellung geflogen:

1. der konservative Parteisekretär Dr. Hoffmann = Rutschke = Breslau,
2. der konservative Parteisekretär Straß = Görlitz,
3. der Redakteur der „Schles. Morgenztg.“ Rube = Breslau,
4. der Redaktionssekretär Krause = Breslau,
5. der Redakteur Riehr = Jauer.

Eine ganz anständige Afte für einen einzigen Lohnzahlungstermin. Daß die Herren aus Unfähigkeit gegangen wurden, wird man nicht behaupten können, denn Rube und Hoffmann-Rutschke haben doch im Auftrage ihrer Junkerpartei mächtige Schlachtwörter gegen uns geschwungen. Und wenn die Schwertler für die Männlein manchmal auch zu groß waren und ihre Träger mit umrissen, so hat's doch immer aus der „Morgenzeitung“ gellungen, als ob sie den roten Drachen mausetot geschlagen hätten. Und trotz alledem flogen sie doch — massenhaft sogar. Mögen also Herr Götzsch und die anderen Ueberbleibsel noch so munter ihr Streiktröb summeln, man kann nie wissen, ob sie morgen noch da sind, denn bei den Konservativen heißt es:

Gestern noch auf stolzen Rossen
Heute durch die Brust geschossen!

Mit Gott für König und Vaterland.

Die Konservativen und die Frömmler hielten es für nötig, ihren gesunkenen Kredit durch eine Vorstellung im Zirkus wieder einmal zu heben. Es war angekündigt worden, daß am Sonntag mittag 12 Uhr im Zirkus Busch zu Berlin von drei konservativ-christlichen Rednern die Kreuzzeitungsparole „Mit Gott für König und Vaterland“ verteidigt werden sollte. Der Zirkus Busch fast ungefähr 5000 Personen. Wenn er voll geworden wäre, konnten die Konservativen einen doppelten Erfolg buchen, denn sie hatten ein Eintrittsgeld

von 20 Pf., für die Logen 1 Mr. angelegt, hätten schon einen hübschen klingenden Gewinn und die Reserven einer gelungeneren Versammlung obenrein für sich gehabt. Aber das sich Volt erbarme! Es waren in dem weiten Zirkelraum ganze 600 Personen, die mit Volt für König und Vaterland unter der Führung des Pfarrers Philipp, des Grafen Westarp und des christlichen Arbeitersekretärs Behrens kämpfen wollten. Vielleicht auch noch nicht einmal kämpfen wollten, denn mitten in der auf eine Stunde Dauer angelegten Versammlung rief auch noch ein guter Teil aus. Es waren zu abgebrochene Phrasen, die ihnen den Geschmack an dem schönen Sonntag mittag verderben. Der Pfarrer Philipp witterte gegen Kirchenaustritt und Geburtenrückgang und predigte Gottvertrauen. Graf Westarp, dem die Verteidigung des Königs gefallen war, feierte die Hohenzollern und predigte schärfsten Kampf gegen alle Demokraten und Sozialdemokraten, die die Republik im Herzen tragen. Und Behrens haipelte sein Venenum, das Vaterland zu verfertigen, schlecht und recht im Schwelme seines Angeichts herunter, vermochte sich aber auch nicht über den allerseichsten Phrasenfluß zu erheben. Und dafür mußten sie Leute noch 20 Pf. Eintrittsgeld bezahlen.

Konservatives Glaubensbekenntnis.

Der „Reichsbote“ pflegt täglich an der Spitze seiner alten Beilage eine Sentenz oder ein Zitat zu veröffentlichen, am für die, denen seine Artikel zu langweilig sind, die Grundgedanken der christlich-nationalen Politik kurz und prägnant zusammenzufassen. In der Regel müssen die Wörter der alten und neuen Testaments oder die Schriften von Vätern oder Freischülern herfallen. Am Montag aber bemühte er einen sicheren Grafen Klincksowirsdorff. Der Mann ist zwar in weissen Kreisen unbekannt, aber dafür ist das, was er zu sagen hat, durchaus klar und nicht mißzuverstehen. Man höre!

- Menschere Politik — nur deutsch!
- Wirtschaftspolitik — gesunder Egoismus!
- Sozialpolitik — christliche Liebe!
- Gegen sozialdemokratische Führer und Verführer — Gewalt!

Die Punkte 1 bis 3 pflegt die Redaktion des „Reichsboten“ ja auch in den von ihr selbst geschriebenen Artikeln zu vertreten. Zu der Gewalt gegen sozialdemokratische Führer aber bekennst sie sich öffentlich nicht, und da dient es zur Klärung, daß sie wenigstens auf dem Umwege über die Ansicht des Grafen Klincksowirsdorff ihrer wahren Meinung Ausdruck verleiht.

Zentrum und Wahlrecht.

Zur Frage des preussischen Wahlrechts nimmt die „Kölnische Volkszeitung“ im Zusammenhang mit dem Wechsel im preussischen Ministerium des Innern in folgender Weise Stellung:

Man hat im Zentrum stets die Notwendigkeit dieser Reform betont und auch stets die Ansicht vertreten, daß eine geordnete Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien Konservativ, Freikonservativ, Zentrum und Nationalliberale sich in dieser Frage auf einen billigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt dabei den Hauptnachdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter dem Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung garnicht allzu weit entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichstanzlers in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Jeddlich ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch garnicht akut ist.

Das Interessanteste an dieser Erklärung ist die erneute Preisgabe der ehebem vom Zentrum erhobenen Forderung des gleichen und geheimen Wahlrechts. Die neue Formel der „Köln. Volksz.“ heißt: „Wahlreform im Interesse des Mittelstandes“. Aber auch diese Verbesserung scheint dem Zentrum zurzeit noch keineswegs akut.

Heise gegen Holland.

In Holland ist eine Geldsammlung zu Gunsten der unterdrückten Dänen in Nordschleswig eingeleitet worden. Das gibt Herrn Dr. Brünning-Nachem Veranlassung, sich im „Tag“ folgendermaßen mit den Holländern auszulandern zu legen:

Zurzeit wird in der holländischen Presse ein Aufruf verbreitet, der gegen die von der preussischen Regierung in Schleswig-Vollstein angewandte Zänepolitik in unmaßiger scharfer und brutaler Weise erhebt und zur verurteilten Unterdrückung der für eine gerechte Sache kämpfenden Dänen auffordert. An erster Stelle signieren dabei Professoreu. Schon deshalb braucht man die Sache nicht gar zu ernst zu nehmen: denn die Theorie ist in Holland nicht weniger genau als anderswo. Es genügt, den Herren kund zu machen zu tun, daß sie für ihre Betätigung im eigenen Lande einflußreichere Gelegenheiten finden als im Deutschen Reich. Sie könnten beispielsweise das Geld, das sie nach Schleswig-Vollstein schicken wollen, ihrem Finanzminister übergeben, der gerade jetzt über neue Steuern nachgrübelt, um das schändliche Defizit im Staatshaushalt zu decken. ... Ferner bedürfte die holländische Soldateska, die zuweilen korporalschaftsweise über die deutsche Grenze auskneift und gerade jetzt hier und da die eigenen Kasernen in Brand steckt, nicht weit mehr der Fürsorge, als das Baberner Regiment, dessen man sich in Holland so liebreich annimmt? ... Wie kommt es, daß unter den holländischen Einwanderern sich zahlreiche Elemente befinden, die unserer Politik und unserer Verhältnisse so viel zu schaffen machen? Vielleicht geben die Verfasser jenes Aufrufs Antwort auf diese Fragen, bevor sie ihr Geld nach Schleswig-Vollstein schicken.

Die Bewertung der Professoren durch den Herrn Verfasser dieses Artikels wird in Holland ebenso Anlaß zu Betrachtungen über die deutsche Kultur geben, wie seine Schilderung der Holländer als einer verrotteten Bande von Verbrechern berechtigte Entrüstung wecken wird. Aber natürlich! Durch die schändliche preussische Unterdrückungspolitik und durch wilde Beschimpfungen ihrer ausländischen Gegner muß man auch die Kleinstaaten zu unbedingten Widersachern des deutschen Reiches machen, damit man dann bei passender Gelegenheit wieder den alldeutschen Schredensschrei ausstoßen kann: Feinde ringum!

Nur Höflichkeit, keine Rüstungsdagitation.

Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ bringen in hervorgehobenem Druck folgendes Dementi:

Die Feststellung, daß Inhalt und Zweck der Rundreise des Staatssekretärs des Reichschatzamtes die Abhaltung von öffentlichen Besuchen war, die wegen der unausgeübten dienstlichen Inanspruchnahme des Chefs der Reichsfinanzverwaltung bisher hatten unterbleiben müssen wird in einem Leitartikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 24. d. M. für eine Behauptung erklärt, „die nirgends Glauben gefunden habe“. Diese Erklärung ist ebenso unbillig und unrichtig wie der ganze übrige Inhalt des Artikels, der mit seiner Umschreibung einer stillschweigend abgemachten Abmachung, wonach der Reichschatzsekretär an den süddeutschen Stellen für neue Reichsprojekte habe Stimmung zu machen wollen, jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt. Insbesondere ist in allem, was aus dem „Tag“ veröffentlichten Artikel des Präsidenten der Posener Halbbörsen- und Bankdirektion Carthaus gefolgt wird, von durchwegs oberflächlich und in keiner Weise zutreffenden Voraussetzungen ausgegangen. Der Artikel des Präsidenten Carthaus ist, wie hiermit von zuständiger Stelle erklärt wird, eine reine Privatarbeit, der die Reichsfinanzverwaltung völlig fernsteht. Jeder Zweifel, daß es sich bei der Rundreise des Staatssekretärs des Reichschatzamtes an den süddeutschen Orten um etwas anderes als um die Abhaltung der üblichen Höflichkeitsbesuche gehandelt haben könnte, ist damit hoffentlich endgültig beseitigt.

Das Dementi beschäftigt sich nur mit der Reise des Schatzsekretärs Rühn und mit den Rüstungstreiberen des fireblamen Posener Zolldirektors. Die sehr sicher auftretende Meldung aber von neuen Marinerrüstungen, die Milliarden beanspruchen sollen, wird mit keinem Wort erwähnt. Selbst wenn aber auch nach dieser Richtung hin ein Dementi erfolgte, würde man bei den bekannten früheren Vorgängen darauf nicht zu viel zu geben haben.

Der Wehrbeitrag in Groß-Berlin.

In Berlin rechnet man auf Grund von vorläufigen Schätzungen damit, daß der Wehrbeitrag der Reichshauptstadt ungefähr die Höhe von 200 Millionen Mark erreichen dürfte, die genauen Feststellungen sind erst in einigen Tagen zu erwarten. Durch den Generalsparson dürfte die Stadt Berlin im Höchstfalle 300 000 Mark als bauende Wehrbeitragnahme aus der Einkommensteuer erzielen, was bei einem Einwohnern von 408 Millionen Mark kaum in Betracht kommt.

Auf dem Wege zum paritätischen Arbeitsnachweis.

Die Hamburger Bürgerchaft bewilligte in ihrer letzten Sitzung 30 000 M. als Beihilfe für den gemeinnützigen Arbeitsnachweis der „patriotischen Gesellschaft“ und lehnte den Schlichter-macherantrag, die Sache vorher in einem Ausschuss zu prüfen, mit 86 gegen 59 Stimmen ab. Die Schlichter-macher lehnen in dem staatlich unterstützten Arbeitsnachweis der „Patriotischen Gesellschaft“, die eine vor ca. 100 Jahren gegründete, politische neutrale Vereinigung zur Förderung der Künste und Gewerbe ist, den ersten Schritt zum paritätischen Arbeitsnachweis, den sie bekämpfen, weil nach ihrer Ansicht der Arbeitsnachweis in der Gewalt der Unternehmerorganisationen bleiben soll. Mit knapper Mehrheit gelang es, ihren Wunsch, der dem gemeinnützigen Arbeitsnachweis in Hamburg die Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten haben würde, abzuwehren.

Die bayerische Regierung für die Arbeitslosenversicherung. Der Ausschuss der Reichsratskammer hatte dieser Tage die Vorlage über die Arbeitslosenversicherung, die für jede Gemeinde, die sich auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge betätigt, einen Zuschuß von mindestens 75 000 Mk. vorsieht, abgelehnt. Er hatte sich damit in Widerspruch mit dem Votum des Bayerischen Landtages gesetzt, der die Vorlage angenommen hatte. Heute erklärt die Bayerische Staatszeitung, daß die Regierung auf ihrem Standpunkte, der die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung vorsieht, verharren wird.

Meinungsstreitigkeiten in der Zentrumspartei. Die anti-badenische „Kölnische Korrespondenz“ schreibt: „Der brave Augustinusverem macht sonderbare Sachen. Er, der neben der „Kölner Zeitung“ auch noch die Zentrumspresse „Kölnische Zeitung“ pflegt, hat seine Mitteilungen aufgefördert, die nicht-saende Erklärung des Reichsausschusses zu unterschreiben. Er sandte seine Aufforderung auch an hohe kirchliche Würdenträger, selbst an den Herrn Erzbischof von Köln. Das war zum mindesten eine Taktlosigkeit. Was er mit dieser Taktlosigkeit erreicht hat, wird ihm wohl bekannt sein.“

Der Herr Landrat bedauert! Die Strafkammer in Güstrow verhandelte am Sonntagabend gegen den Landrat v. Waikahn, der den Gerichtsschreiber Havermann, als dieser ihn vernehmen sollte, brüskel beleidigt hat. Alle Versuche, den Gerichtsschreiber zu veranlassen, seinen Strafantrag gegen den Landrat zurückzunehmen, sind an der Festigkeit des Beteiligten gescheitert. Dem Vorsitzenden der Strafkammer gelang es schließlich, einen Vergleich herbeizuführen, wonach der Landrat bedauert, den Kläger in seiner Ehre gekränkt zu haben und sich verpflichtet, die gesamten Kosten zu übernehmen. Bis zu einer Bestrafung ist es also Gott sei Dank nicht gekommen.

Ergebnisse der Aufnahme der Diszidenten an höheren Lehranstalten. An der von preussischen Kultusministerium im „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung“ herausgegebenen amtlichen Statistik über die höheren Lehranstalten in Preußen läßt sich klar nachweisen, daß die Kirchenaustrittsbewegung durchaus nicht eine sozialdemokratische Wache ist und „die Nation zu beleben“, wie die großen Psychologen von der „Post“ und „Täglichen Rundschau“ ihren Lesern zur Verabingung weismachen. Die seit 1905 allmählich ansteigende Zahl der Diszidenten an höheren Lehranstalten stieg 1911 und 1912, also mit dem Einlegen der Tätigkeit des Kommissars Sprunghaft. Das beweisen folgende Zahlen: 1905/06 entfalt auf 340 Schüler 1 Diszident, 1910 auf 323 Schüler 1 Diszident, 1911 auf 312 und 1912 bereits auf 270 Schüler. Da die Statistik den Stand vom 1. Februar 1912 gibt, so ist der Erfolg von 1912 und 13 noch nicht sichtbar. Von 1911 auf 1912 ist aber die Steigerung eine sprunghafte, denn 1910 betrug die absolute Zahl aller Diszidenten 803, 1911: 853, 1912 bereits 1002. Dabei ist zu beachten, daß ungenügend eine große Reihe erklärter konfessionsloser Kinder als evangelisch aufgeführt werden, wie das in mehreren Fällen festgestellt ist. Wenn die Steigerung seit 1911 angehalten hat, so kann man die Zahl der Diszidenten an höheren Lehranstalten Preußens zur Zeit auf 1500 veranschlagen.

Die Antikenten hielten am Sonntag als neugegründete „Deutsch-völkische Partei“ einen Verbandstag in Dresden ab. Man berichtet über die Organisation der neuen Partei, über die zukünftige Werbetätigkeit und über die Stellungnahme zu den nächsten Landtagswahlen 1915 bei denen eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen. Eine Entschließung wendet sich gegen das Eindringen jüdischer Offiziere in das Heer.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

133. (Nachdruck verboten.)
Dieser schlimme Kampf, Herr General, in welchem ich fast zugrunde gegangen bin und der mich ganz gewiß die Lebenskraft meiner Jahre gekostet hat — ich habe ihn gekämpft bis heute — bis vor einer Stunde. Du: ich — und ehelich: Du meines Sohnes, mit dem ich jahrelang bereits in unaufrichtiger Feindschaft lebte — sie sollte denn doch wohl meinen Tod nicht berechnen! Was geht es mich an, ich, wenn er sich mit aus dem Gott, sag? Wenn er: mit der Scheit vor tödlichen Wunden, die ich dem Ansehen lächerlich gemacht, später auch die Ehre der Heiligkeit des Geistes verloren hat? Wenn er keine Helfer, daß es des Mannes Pflicht sei, auf eigenen Füßen zu stehen, in seiner eigenen Strafe zu ruhen, dahin verurteilt hat, daß es des Straßwärters Recht sei, an sich zu reißen, was dem Arm erreichbar ist, unter die Füße zu treten, was sich, als das Schicksal, unter die Füße treten läßt? — Er war verurteilt von Kindesbeinen an, sagte ich, wog die Natur die Verantwortung übernommen für alles, was sie in ihrer bunten Fülle schaffte! Was kümmert uns, die wir: aus dem Chaos, wo Recht und Unrecht, Sinn und Unsinn ununterscheidbar ineinander schwanden und stürzten, nach dem Akt der freien Selbstbestimmung stehen! Was kümmert uns alles was Gedeihen, die der Stolz des Aristokraten auf seine Väter lächerlich blüht? Wog die hoch die Kinder ihre Wege gehen! Deshalb sollte uns das Was in fragwürdiger erscheinen, als das Was, nach welchem wir grundlos nicht fragen? Schreib, du Kleines Geschlecht der Familien, dein Name: Telal an die Wand des Fürstentums! Schreib's an die Wand dem Fürstentum! Aber verjage nicht, den freien Mann zu ängstigen, der keine Ehe hat und keine Ehe will, als die, die sich selber tun zu sein! Und du, Herr General, — als ich so mit mir und meinem Gott habere — ich glaube an einen Gott, Herr General, Demoral und Republikaner wie ich bin, — trat über meine Schwelle ein Engel, wenn man ein Wesen, dessen himmlische Güte und Reinheit nichts mehr von der Erde zu haben scheint, so nennen darf, seines Bräutigams Tochter, ein kleines Mädchen, von dem der Herr General in seinem Familienkreise viel gehört hat sprechen hören. Sie kam, mir zu sagen, daß meine Tochter gefahren sei — mit ihrem Sohne gefahren, um ihn, den sie mit jeder Faser ihres heißen leidenschaftlichen Geistes liebt, — zu retten, zu schützen vor dem Tode, zu welchem der eigene Vater — ich weiß nicht, welcher Tag wieder — ihn verurteilt. Aber — ich hatte das Gespür von meiner Schwelle

gejagt — ich wollte jetzt auch auf des Engels sanfte Stimme nicht hören, trotzdem seltsame Schauer, die ich nicht zu denken wußte, mich durchrieselten. Die Deutung ließ nicht lange auf sich warten. Die heißen, barmherzigen Worte — es waren die letzten gewesen, zu denen das edelste Wesen die Kraft nur noch aus seiner grenzenlosen Liebe geschöpft: wenige Minuten später hatte das reinste Herz, durch das je Menschenblut floß, aufgehört zu schlagen.

Du! Ernst bräute die Hand in die Augen und fuhr dann, mit einer gemächlichen Anstrengung seine tiefe Bewegung nieder, kämpfend, fort:

Ich kann nicht verlangen, Herr General, daß Sie mir nachempfinden sollen, was ich dabei empfunden: ich will die kostbaren Minuten auch nicht verlieren mit einer ausführlichen Erzählung der Schritte, die ich nun, getrieben von einer Macht, der ich nicht mehr widerstehen konnte und wollte, getan habe, um zu retten, was vielleicht noch nicht verloren war. Genüge es Ihnen, zu hören, daß ich, von dem letztgenannten Mädchen, welches die Verurteilung Ihres Sohnes wogender der letzten Zeit und zugleich, ohne es zu wissen, die Helfershelferin jenes verurteilten Mannes, des Erbigen Herr Fronte, gewesen ist, ich glaube — ja, ziemlich alles erfahren habe, was ich von der traurigen Geschichte, die sich, ohne daß wir sie gesehen, unter unseren Augen abspielte, irgend zu wissen brauche. Genüge es Ihnen, daß ich die Hebung gewonnen — nicht von Ihres Sohnes Umhang — es war eine Bülge, sagte ich das, und wir müssen heute mehr als je den Mut haben, rüchastlos gegen uns selbst und gegen einander wahr zu sein — aber davon, daß Ihr Sohn nicht schuldiger ist, als ein Zusammenstoßen unglücklicher Umstände einen, trotz aller scheinbaren Erfahrung, unerfahrenen jungen Mann mit einem nicht mehr reinen, aber gewiß auch nicht verderbten, edler Ballung noch immer fähigen Herzen machen kann. Und, Herr General, wenn ich Ihnen, in dem ich von jeder der Verdröpfung des mir feindlichen und verhassten Prinzipes gesehen, Ihnen, vor dem ich mich in meiner Selbstneugierigkeit so hoch bemessen, ein Bekenntnis getan habe, welches meinen Stolz nicht leicht geworden ist: wenn ich eingestanden habe, daß der Grund der Unreinlichkeit Freiheit und absoluter Selbstbestimmung in einer äußersten Konsequenz ist, welche die Welt zu einem fürchten kann, vielleicht führen muß, wie ich sie jetzt meine Kinder wandeln sehe — das eine unüberwindlich verlor, das andere wandelte an dem Abgrund, in den irgend ein schöner Zufall es führen mag — Herr General, sollten Sie wirklich nichts zu bereuen, nichts wieder gut zu machen haben? Sollten die eagen Schwanden ablier und müßigeren Routine, in die Sie die leichtschwingige Seele Ihres Sohnes zu bannen suchten, ihn nicht ebenso verderblich gemacht sein? Dann, der in einer Irrektion und leichter

spüre die schönen Gaben seines heilen Geistes, die Lebensfreudigkeit seines warmen Herzens frisch und naturgemäß entfaltet hätte und nun, von Vorurteilen nach allen Seiten eingegrenzt und eingezwängt, in unüberwindliche Widersprüche verwickelt, sich allmählich daran gewöhnt hat, das Leben in Widersprüchen als etwas Selbstverständliches, jedenfalls Unvermeidliches anzusehen, so ganz, so sehr, daß sein Tod in diesem Augenblick nur ein Widerspruch mehr gewesen sein würde?

Ein ungeheurer, ungeheurer Widerspruch.

Ober wäre das nicht der Tod von eigener Hand in dem Augenblicke, wo diese Hand erst wird von dem Mädchen, welches der zum Selbstmord Verurteilte — es geht aus allem, was ich jetzt erfahren, unüberleglich hervor: mit aller Kraft, deren kein Herz fähig ist, und über alles, was ganz gewiß mehr, als das eigene Leben liebt; und dieses Mädchen, solcher Liebe wahrlich nicht unwert, in Tönen, wie sie nur aus einem lebenden verzweifelten Herzen kommen können, zu ihm spricht: lebe, lebe! Lebe für mich, der Du alles bist! Die ich Vater und Haus und Heimat verlassen habe, um für Dich zu leben! Mit Dir! Ohne Hoffnung auf gute Tage — mit Dir! In Schande und Elend, wenn es sein muß — mit Dir!

Du! Ernst schloß, überwältigt von der Fügung des edlen, kraftvollen Herzens, bestummend vor den Gedanken, die in seinem mächtig arbeitenden Gehirn durcheinander wogten. Der General, welcher davor sich hinbrütend dagefallen, erhob die trauerumflorten Augen:

„Wenn es sein muß? Es muß ja sein!“
„Es müßte sein?“ rief Ernst. „Warum? Weil es den armen, müde gehenden Wanderern so scheint, daß der Weg über sie nur noch ein Hindernis in der Wüste, durch Dornen, über rauhes Gestein ist? Für sie! Großer Gott! Die Jungen, Starzen! Die sich in dem palmenumrauschten Eden ihrer Liebe bald genug an ihre Augen, an ihre Stärke erinnern, mit neuem Mut und frischen Sinnen in das Leben schreiten werden, das sich grenzenlos, herrlich vor ihnen ausbreitet! In dessen ungemessenen Räumen tausendfacher Platz ist für den Verdorren, wenn er sonst ein Bräutigam ist, wieder festen Fuß zu setzen, den Kampf wieder aufzunehmen, sich einen Wirkungsfreis zu erobern und ein Heim für sich, für die Geliebte, für — die Kinder! Die Kinder, Herr General, mit denen wieder eine neue Welt geboren wird, welche nichts weiß von der alten; nichts zu wissen braucht und nichts wissen soll von der Schuld des Vaters; diese Schuld, wenn der Vater dem Tode sie noch nicht abgearbeitet durch seine Reue, durch seine Buße, durch eine einzige edle Tat — jähren werden einfach dadurch, daß sie sind, neue Blüten sind am Baum der Menschheit, an dessen Fuß sich schon lange modern unteren alten Sorgen und Qualen dann schon lange modern“ (Fortsetzung folgt.)

Der Prozess gegen den Landtagsabgeordneten Abresch. In dem Prozesse gegen den Abg. Abresch wegen Entführung des Fräuleins Anse von Harder steht Termin auf den 7. Mai in Mannheim an.

Protest gegen die Wahl in Schwab. Das polnische Wahlkomitee in Schwab hat beschlossen, gegen die Wahl des reichsparteilichen Abgeordneten von Salem als Abgeordneter zu protestieren. Das Wahlmaterial soll angeblich sehr groß sein.

Zabern-Vergleiche. In weiteren sechs Prozessen gegen den Militärkassier (Wandrukenkassier) wurden am Sonnabend Vergleiche abgeschlossen.

Das Militär im Dienste des Jungdeutschlandbundes. In welchem Maße Militärverwaltung und Schulbehörden dem Jungdeutschlandbunde bei der Veranstaltung von sogenannten Kriegsspielen Hilfe leisten, geht aus einem Programm für ein „Kriegsspiel“ in Wiefeld hervor. Nicht nur die Schüler der Gymnasien werden herangezogen, sondern auch die der Volksschulen. Aktive Offiziere des 55. Regiments und Reserve-Offiziere haben die Führung übernommen, und den Signaldienst versehen Soldaten. Zudem hat die Militärkassier den Befehl bekommen, die Teilnehmer abends bei der Heimkehr vom Schlachtfeld zu begleiten.

Deutsche Konsulate im Orient. Ein Nachtragsetat an den Reichstag verlangt die Mittel für die Errichtung je eines deutschen Konsulats in Ueskib (Serbien) und in Albanien. Der Ort für das Konsulat in Albanien ist noch nicht bestimmt. Nach Durazzo kann das Konsulat nicht kommen, denn dort hätte es, von aller Welt abgeschnitten, nichts zu tun. Das Konsulat kann nur in Skutari untergebracht werden. Außerdem verlangt man Militär-Attachees für Belgrad, Sofia und Athen, deren Notwendigkeit so nachzuweisen, daß der Reichstag zustimmt, der Regierung wohl etwas schwer fallen wird.

Noch ein Polizeiprozess in Glatz. In der Nachbarstadt Rölls, Mähren a. N., scheint demnächst gleichfalls ein Polizeiprozess zu bevorstehen. Es scheint schon seit einiger Zeit eine Untersuchung gegen Beamte der Mähleimer Kriminalpolizei, die in ähnlicher Weise wie ihre Kölner Kollegen verfahren haben.

Vertracht Zentrumsabänderung. Vor der Strafkammer des Landgerichts Mosbach in Baden haben sich eine Anzahl strenger Zentrumsleute, die teilweise eine führende Rolle spielten, wegen Vergehen gegen das Handelsgesetz und gegen die Konturordnung zu verantworten. Die Angeklagten gründeten 1911 eine Aktiengesellschaft, die von allem Anfang an faul war. Die Gründer veranlaßten falsche Eintragungen in das Handelsregister und zahlten schließlich, trotz der Unterbietung, die sich bald ergab, zum Zwecke der Täuschung 5 Prozent Dividende aus. Für die Verhandlung sind mehrere Tage angelegt.

Ausland.

Gemeindewahlzüge der englischen Arbeiter.

Der „Labour Leader“ gibt eine Uebersicht der Ergebnisse der eben stattgefundenen Gemeindewahlen, aus der zu ersehen ist, daß die Arbeiterpartei und die sozialistischen Organisationen sehr erfolgreiche Erfolge erzielt haben. Die Arbeiterpartei und die Sozialisten hatten nicht weniger als 200 Kandidaten aufgestellt. Davon waren 220 erfolgreich, und darunter befinden sich 126 zum ersten Male eroberte Mandate. Demgegenüber sind nur 11 Verluste zu verzeichnen, so daß die Arbeiterbewegung nun 115 mehr Vertreter in diesen lokalen Körperschaften (städtische Distriktsräte, Armenräte und schottische Schulräte) haben. Wie sich die eroberten Mandate auf reine „Arbeitervertreter“, auf Vertreter der F. U. P. und der W. S. P. verteilen, ist sehr schwer festzustellen, zumal erfreulicherweise in vielen Orten gemeinsame Kandidaten aufgestellt wurden, aber jedenfalls war ein sehr großer Teil der Kandidaten in einer der sozialistischen Parteien organisiert. Fälle von wechselseitiger Bekämpfung sozialistischer oder Arbeiterkandidaten, wie sie früher nicht selten waren, scheinen diesmal gar nicht mehr vorgekommen zu sein.

Die Erfolge der Arbeiter bei den Wahlen zu den lokalen Vertretungskörpern zeigen schon seit einer Reihe von Jahren ein höchst bemerkenswertes Bild. Es ist ein ununterbrochener Siegeszug. Die Arbeiter hatten die folgenden Reingewinne zu verzeichnen: 1911, Aprilwahlen 41 Mandate, Novemberwahlen 74 Mandate; 1912, Aprilwahlen 30 Mandate, Novemberwahlen 40 Mandate; 1913, Aprilwahlen 115 Mandate, Novemberwahlen 70 Mandate; 1914, Aprilwahlen 115 Mandate.

Wenn das so weiter geht, dann werden die Arbeiter sehr bald eine ganze Reihe von wichtigen Vertretungskörpern unter ihrer Kontrolle haben.

Das Ergebnis der schwedischen Wahlen.

Die Wahlergebnisse liegen jetzt endgültig festgestellt vor. Sie bestätigen den großen Aufschwung der Konservativen und der Sozialdemokraten, während die Liberalen 30 Mandate verloren haben und ihre Stimmenzahl nur unbedeutend vermehren konnten. An Stimmen haben, verglichen mit der Wahl von 1911, erhalten:

	1911	1914	Zunahme
Konservative	183 691	286 320	97 629
Liberalen	242 793	245 010	2 217
Sozialdemokraten	172 196	229 176	56 980

Insgesamt sind aber abgegeben 760.586 gültige Stimmen gegen 601.882 im Jahre 1911. Die Konservativen sind durch die Russen für die größte Partei geworden, sie vertreten jetzt 37,25 Prozent der Wahlberechtigten, während die Liberalen 32,23 Prozent und die Sozialdemokraten 30,18 Prozent vertreten. Unsere Partei ist aber in nicht weniger als 23 der 56 Wahlkreise die stärkste Partei geworden, während sie bei der vorigen Wahl nur in 13 Kreisen diese Stellung innehatte.

Das Ergebnis der Mandatsverteilung ist folgendes: Konservative 86 Mandate (bisher 66), Liberale 71 (101) und Sozialdemokraten 78 (64). Unsere Partei hat 13 neue Mandate gewonnen, darunter 13 von den Liberalen und 1 von den Konservativen. Sie hat aber an die Konservativen 4 Mandate verloren, so daß der effektive Gewinn nur 9 Mandate beträgt. Die Proportionalwahl hat dieses Mal unsere Partei begünstigt, indem sie 1 Mandat auf je 8189 Wahlmänner bekommen hat, während die Konservativen 1 Mandat auf 8329 und die Liberalen auf 8451 Wähler erhielten. Wäre das ganze Land ein Wahlkreis gewesen, hätten wir nur Anspruch auf 70 Mandate gehabt, die Liberalen auf 74.

Die Neuwahlen haben eine konservative Mehrheit weder in der zweiten Kammer, noch für die gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern gebracht. Zur Mehrheit in der zweiten Kammer fehlen ihnen 30 Mandate und in den gemeinsamen Abstimmungen etwa 20 bis 25. Noch ungünstiger sieht es aus, wenn man die Stimmenzahlen der beiden linken Parteien mit der ihren vergleicht. Es haben nämlich rund 475 000 Wähler für die Linke gestimmt gegen 285 000 für die Rechte. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat sich also für die Linke ausgesprochen und gegen die Politik der Sozialdemokraten und der Konservativen. — Die Verluste der Liberalen erstrecken sich auf den rechten Flügel, der eigentlich immer nur eine im liberalen Gewand konservativere Richtung war. Diese Richtung wäre auch zu erwarten gewesen, wenn

nicht zufällig die Abstimmungsfrage, sondern eine große demokratische Frage Gegenstand des Wahlkampfes gewesen wäre.

Die Kammer soll erst am 18. Mai zusammentreten. Die neue Lage in der Kammer läßt sich noch nicht übersehen. Die Konservativen haben die Gunst der Liberalen, bisher allerdings ohne sichtbaren Erfolg. Das führende liberale Blatt lehnt jede Kombination mit einer liberalen Regierung ab.

Der Nationalitätenstreit in Oesterreich-Ungarn. Laut polnischen Mitteilungen herrscht unter den Bauern des Bezirks Dombrowa große Erregung gegen den Bischof Walega von Tarnow, weil derselbe den Pfarrer Karzymarski, einen Anhänger der polnischen Volkspartei, der trotz des Hirtenbenediktes der polnischen Bischöfe in seinem Kirchenkreis amtiert hat, seiner kirchlichen Funktionen entbunden hatte. Die Dauerhaftigkeit droht mit dem Austritt aus der Kirche, falls die Maßregelung Karzymarski nicht rückgängig gemacht wird.

Die Enthüllungen des Ministerpräsidenten Grafen Tisza über den Abgeordneten Vayda haben eine bedeutende Rundgebung der rumänischen Arbeiter, der Abgeordneten Wihalm und Pop veranlaßt so daß eine Wiederanknüpfung der abgebrochenen Verhandlungen zwischen Rumänien und Ungarn für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheint. Beide Abgeordnete erklärten sich mit Vayda solidarisch und halten die Angriffe des Grafen Tisza auf Vayda, der ein treuer Anhänger des Freibundes ist, für unerbittlich und provokant. Die Aktion gehe verloren, daß Graf Tisza nur mit lokalen Waffen zu kämpfen verfehle.

Die Massenwanderung der thrakischen Griechen. Der türkische Minister des Innern, Talaat Bey, hat im Anschluß an seine Inspektionsreise in Thrakien durchgreifende Maßnahmen angekündigt, um der großen Massenwanderung der griechischen Bevölkerung zu steuern. Die griechische Presse in der Türkei berichtet diese Maßnahmen anerkennend. Die türkische Regierung veröffentlicht ein längeres Communiqué, in dem sie erklärt, daß sie mit der Auswanderung der Griechen nichts zu tun habe.

Türkische Rückwanderung nach Kleinasien. Die Auswanderung der islamitischen Bevölkerung aus Saloniki nimmt immer größere Dimensionen an. Die türkische Regierung ist bemüht, die Auswanderer in Kleinasien unterzubringen. Pandel und Jundaktrie sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Saloniki war der Sitz des mohammedanischen Fortschritts und des neuzeitlichen Fortschritts. Mit dem Fortzuge der mohammedanischen Bevölkerung dürfte sich ein bedeutender Verlust für die griechische Handelskategorie ergeben.

Parteiangelegenheiten.

Die Groß-Berliner Polizei und die rote Woche.

Ueber die Parteigenossen, die während der roten Woche Plakate ausgehängt oder Zettel angeklebt haben sollen, in denen Aufforderungen zum Abonnement auf die Presse und zum Beitritt in die Organisationen enthalten waren, ist ein Hagelschauer von Strafmandaten niedergegangen. In Berlin selbst lauten die Strafmandate fast ausschließlich auf Haft von 5 bis zu 14 Tagen. Viele Restaurateure und Ladenbesitzer, denen vorgeworfen wird, Plakate über die rote Woche ausgehängt zu haben, sollen je 50 Mk. an die Polizeikasse zahlen. Eine Anzahl Genossen ist auch sofort mit einer Anklage bedacht worden. Es ist im Augenblick der ganze polizeiliche „Segen“ noch nicht zu übersehen, es sieht aber schon jetzt fest, daß die Polizei beabsichtigt, einen sehr reichlichen Behten von dem Ertrag der roten Woche einzustreichen.

Genehmigte Maiestzüge.

In Leipzig wurde der Maiestzug zum Brauereigarten in Leipzig-Zöftritz und die Ueberlassung des städtischen König-Albert-Parks als Hauptausgangspunkt unter der Bedingung genehmigt, daß die Arbeiter-Marktschiffe, der Sozialistenschiff und der Arbeiter-Marktschiffe nicht gespielt wird. Standarten dürfen im Zuge nicht getragen werden; die angegebene Fahnen sind zulässig. Das Tragen republikanischer Abzeichen ist ebenfalls verboten. Während der politischen Ansprache sind alle Personen, die unter 18 Jahre alt sind, aus dem Versammlungstotal zu entfernen.

Die Hamburger Polizei erteilte wie alljährlich, so auch diesmal die Erlaubnis zum Maiestzug, der sich in der Nähe des Gewerkschaftshauses formieren und durch die volkreichen Stadtteile Hammerbrook und Hamn nach dem Dornier Park bewegen wird.

Auch in Bergedorf bei Hamburg, sowie in den preussischen Nachbarorten Sande und Schiffbeck ist der Maiestzug genehmigt worden.

Verbote des Maiestzugs.

Der Bürgermeister des russischen Städtchens Lügen an der sächsischen Grenze unweit Leipzigs, ein engagierter Konservativer, verweigerte die Erlaubnis zum Maiestzug, da durch den demonstrativen Umzug durch die Straßen der Stadt eine zweifelhafte Hemmung des Straßenverkehrs erfolge, und der weitestgehende Teil der Bürgerchaft in seinem nationalen und monarchischen Empfinden kränktet wird.

Der Magistrat der im Saussier Kohlenbecken belegenen Stadt Senftenberg verweigerte den Maiestzug aus prinzipiellen Gründen. Diese seien aber dem Landrat auf die eingelegte Beschwerde hin so wenig, daß er einen neuen Bescheid ausfertigen mußte, in dem es heißt: „In einem Ausnahmefalle am 1. Mai liegt ungewissheit eine Provokation allerhöchster Art gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, die geeignet ist, die öffentliche Sicherheit zu gefährden, denn es würde voraussichtlich zu Zusammenstößen mit den durch diese Demonstration sehr gereizten Anhängern der bürgerlichen Gesellschaft kommen.“ — Dieser Bescheid dürfte dem Landrat genehmigen.

25 Jahre Redakteur. Der Genosse Georg Gärtner in Nürnberg konnte am 27. April auf eine 25 jährige Tätigkeit in der Redaktion unseres Nürnberger Parteiblattes zurückblicken.

Neueste Nachrichten.

Waffenschmuggel für die Usterleute.

London, 28. April. Hier verlautet, daß es das deutsche Schiff „Fanny“ gewesen ist, das den Usterleuten die Waffenschmuggel von Gewehren und Munition brachte. Wie es heißt, erließ die „Fanny“ an der irischen Küste, landete jedoch nicht, sondern umkreiste ganz Irland und ging dann in den verdeckten Hafen einer kleinen Insel im Norden von Irland vor Anker. Hier wurde das Schiff vollkommener und kenntlich gemacht, indem es einen neuen Anstrich erhielt und auch sonst verändert wurde. Dann ging die „Fanny“ wieder in See und traf in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend den von den Usterleuten gecharterten kleinen Dampfer, der die gesamte Ladung der „Fanny“ übernahm. Von dem Dampfer

des Usterleuten aus wurde dann erst der Lahn Schmuggel bewerkstelligt.

London, 28. April. Im Verlauf der Sitzung des Unterhauses erklärte gestern Ministerpräsident Asquith in Erwiderung auf eine Anfrage, welche Schritte die Regierung nach den jüngsten Vorfällen in Uster zu unternehmen beabsichtige. Im Hinblick auf diese Sache war Asquith der Meinung, die keinen Präzedenzfall bestimme, daß das Land vertrieben sein, daß die Regierung unter Umständen geeignete Schritte unternehmen wird, um den Verleihen Achtung zu verschaffen und die Richter und Diener des Königs und Sr. Majestät Unterthanen in der Ausübung ihrer Pflichten und in dem Genuß ihrer gesetzlichen Rechte zu schützen.

London, 28. April. Die englische Regierung hat, wie die „Daily Mail“ meldet, Schritte nach dem Hafen von Largs abgeben lassen, die gestern gegen Mitternacht dort angekommen sind. Die Namen dieser Schiffe sind noch nicht bekannt, doch sollen es keine Kreuzer sein. Der Oberbefehl über die Polizei in Belfast und in Largs ist in militärische Hände übergegangen. Wie die „Daily Mail“ weiter meldet, sollen im Hafen von Belfast Schiffschiffe angekommen sein, die Erder erlösten, nach Irland Hülfsaufschiffe. In Dublin stehen zurzeit 5 Infanterie-Regimenter und zwei Regimenter Kavallerie.

Neue Angriffe der Mexikaner.

Washington, 28. April. An der mexikanischen Nordgrenze ist es zu einem neuen Kampfe gekommen. Aus Nuevo Laredo wird gemeldet, daß die Mexikaner, die aus dieser Stadt vertrieben worden sind, nochmals versuchten, aber den Rio Grande zu gehen und auf amerikanisches Gebiet einzufallen. Sie stießen mit den amerikanischen Truppen zusammen und es kam zu einem Gefecht, wobei zehn Mexikaner getötet und 20 verwundet wurden.

New York, 28. April. Der amerikanische Konsul Postelizer in Sanora (Mexiko) telegraphierte nach Washington, daß die Rebellen generale Oregon und Alvarado ihre Truppen benachrichtigten, daß antikamerikanische Demonstrationen und Gefechen mit dem Tode durch den Strang gehandelt würden. 150 Flüchtlinge verließen die Stadt Sonora. Der japanische Gesandte in Washington erbat von Bryan die Erlaubnis der Freizügigkeit der in Mexiko lebenden Japaner. Solche, die Mexiko verlassen wollen, können vorübergehend in den Vereinigten Staaten Aufenthalt nehmen.

Der echte Geldmensch.

Washington, 27. April. John D. Rockefeller beantwortete das Schreiben des Präsidenten Wilson, im Grubenstreik in Colorado eine Verständigung herbeizuführen dahin, daß er seinen Sohn John D. Rockefeller jun., der seine Interessen vertritt, bitten werde, mit dem Vorsitzenden der Kommission des Repräsentantenhauses für Bergwerke, Foster, zusammenzutreten. Foster begab sich darauf auf den Wunsch des Präsidenten Wilson nach New York, wo er bereits eine Besprechung mit Rockefeller jun. hatte. Rockefeller jun. lehnte es ab, die Streitigkeiten mit den Bergleuten in Colorado einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Bekanntlich ist der alte Rockefeller ein recht frommer Mann, der an jedem Sonntag in einer besonderen Kirche seinen Angestellten selbst das Evangelium vorträgt. Wie man sieht, kommt es ihm aber auf ein bloßes Wort nicht an.

Ein neuer Polizeiskandal?

Wien, 28. April. Unter der Ueberschrift „Ein Polizeiprozess in Mähren a. N.“ schreibt unser Vordenker, die „Mehleimer Zeitung“: „Die Stadt Mähren, die demnächst nach Wien einmündet wird, scheint der Stadt des berühmten Polizeiprozesses ein interessantes Angebinde mitzubringen. Seit einiger Zeit schreibt nämlich eine hochwohlwollende Untersuchung gegen mehrere Beamte der Mähleimer Kriminalpolizei. Die Herren sollen sich in ähnlicher Weise vergangen haben wie ihre Kölner Kollegen.“

Der brennende Petroleumdampfer.

Ein Teil der Besatzung verbrannt.

Algier, 28. April. Ueber die Explosion des russischen Petroleumdampfers „Cometa“ in der Nähe des Hafens von Algier werden jetzt hier zahlreiche Einzelheiten bekannt. Der „Cometa“ hatte außer seinem Petroleum-Ladung auch noch 3600 Liter Benzin an Bord. Ueber die Ursache der Explosion ist Näheres noch nicht festgestellt worden. Im Bord Befand sich eine Besatzung von 29 Mann und die Frau des Kapitäns. Doch konnten sich nur die einzigen retten, die sich bei der Explosion im Mittelstift Befanden und sofort ins Wasser sprangen. Die übrige Besatzung verbrannte oder wurde in Stücke gerissen. Die Gattin des Kapitäns kämpfte, um einen Balken sich klammernd, zwei Stunden mit der hochgehenden See. Als der Wind das auf dem Wasser schwimmende brennende Benzin zu ihr Ankergetrieben, so wäre sie rettungslos verloren gewesen. Endlich wurde die Frau von der Mannschaft eines italienischen Dampfers gerettet und an Bord genommen. Das brennende Wrack treibt sechs Seemeilen vor Algier entfernt auf den Wellen. Die Schiffskammer sind in einem Umkreise von 40 Quadratkilometern von einem Fleckenmeer eingeschlossen.

Neue Erdbeben am Panamakanal.

New York, 28. April. Am Panamakanal hat ein Erdbeben bei Cucharacha die Arbeiten der letzten Monate vernichtet. Die Sachverständigen erklären jedoch, daß dem Kanal selbst durch die neuen Erdbeben keine Gefahr droht.

Schweidnitz, 28. April. Doppelmord und Selbstmord.

Ein erschütterndes Familien drama spielte sich, wie man der „Breslauer Zeitung“ meldet, am Montag mittig an den neuen Promenadenanlagen am Ghebortich ab. Übergehende bemerkten dort im Lech eine Kindesleiche kreiden, und als sie näher nachsahen, sahen sie noch zwei weitere Ertrunkene, die Leiche eines jungen Frau und eines zweiten Kindes. Die Toten wurden an das Ufer gebracht und von der Polizei in die städtische Leichenhalle überföhrt. Wie die Recherchen ergaben, war die ertrunkene Frau die 23jährige Gattin des Malers Galle. Sie hatte im Verlauf eines Spazierganges ihre beiden Töchterchen, Elise, beil im Alter von fünf Jahren, und Margarete im Alter von drei Jahren, in das Wasser geworfen und war den ertrinkenden Kindern dann nachgesprungen.

Der Eheemann erfuhr erst bei Mitternacht von der Mordtat Kunde von jenem Vorfall, nichtsahnend, daß es sich um seine Familie handelte. Erst später ließen ihn Bedenken auf und bei einer Rücksprache auf der Polizeiwache veranlaßte er die Toten. Die Eheleute hatten in glücklicher Ehe gelebt, doch zeigte die Frau seit einiger Zeit Spuren geistiger Störung. Ihr Mann rebete ihr Montag früh noch glücklich zu, im Krankenhaus Erholung zu suchen, wozu sich die Frau bereit erklärte. Spaziergänger sahen sie vormittags mit den beiden Töchterchen frohgenuß in den Anlagen am Lech spielen, sodas über der Entdeckung zu der furchtbaren Tat ganz plötzlich gekommen sein muß. Ein drittes Kind, ein siebenjähriges Anna, erlag demselben Schicksal und weil es sich in der Schiffe befand.

Bericht der Presse-Kommission der 'Volkswacht'.

Vom 1. April 1913 bis 31. März 1914.

Die Geschäfte der Kommission wurden in 21 Sitzungen erledigt, gegen 17 Sitzungen des vorigen Jahres, wobei zu erwähnen ist, daß das Geschäftsjahr bis 31. März 1913 nur eine Woche vor dem Monatende umfaßte.

Der Vertrag für die Geschäftsräume der 'Volkswacht' lief am 1. Oktober v. J. ab, und wurden neue, größere Räume gemietet, welche ihrem Zwecke besser entsprechen, als die früheren.

Ein abgehaltenes Bezirksparteitag sah als Vertreter den Mann der Kommission in seiner Mitte. Durch den Bericht vom Parteivorstand, Genossen Heinrich, wurde die Geschäftsführung in allen ihren Teilen revidiert; namentliche Vermögenstellungen traten dabei nicht zutage.

Die Druckerei im Kopfbau wurde in Erfüllung, indem in der Nacht eine eigene Druckerei mit Lithographiemaschinen, die die Drucklegung der 'Freien Presse' besorgt. Wie wir den Mitarbeitern in dem dunklen Oberfließen den Erfolg zu ihrem Nutzen.

Unsere Unterhaltungsbeilage wird mit Beginn des neuen Jahres 1914 ein gefälligeres Bild. Der Zeit ist auf zwei Hefennummern anstatt der früheren vier Seiten angeordnet, jedoch er sich dem Rahmen des gesamten Blattes in würdevoller Weise anpaßt.

Die Pressekommission: Meise, Sohn, Kizing, Reichelt, Schütz, Winger, Ziegler.

Table with financial data: Ueberweisung an den Parteivorstand, Angelegte Kapitalien, Diverse, Inventar, Kassenbestand am 31. März 1914, Summa.

Am 17. April 1914 geprüft und in Ordnung gefunden. gez.: Hermann Reichelt, W. Winger, Georg Sohn.

Unser Maitag.

Zum 25. Male feiern die Klassenbewußten Proletarier aller Länder das Fest der Arbeit, den 1. Mai. In Breslau wird die Maitagefeier wie folgt begangen:

Vormittag: Drei Versammlungen um 10 Uhr im 'Gewerkschaftshaus', Margaretenstr. 17, bei Mikulle, Köpplitzstr. 22, und bei Döring in Döwitz.

Nachmittags: Von 3 Uhr an Konzert im 'Gewerkschaftshaus' und bei Döring in Döwitz; dort auch Kinerviele.

Abends: Zwei Versammlungen um 8 Uhr im 'Vergeltter', Kleischaustr. 33, und in der 'Wilhelmshöhe', Neuborfstr. 51.

Alle Versammlungen werden mit Gesang eröffnet und geschlossen. Programme (für alle Veranstaltungen gilt) 10 Pf. Arbeitslose und Ausgesperrte, die sich ausweisen, haben freien Eintritt. Maitagezeichen 10 Pf.

Gewerkschaftler, Parteigenossen! In eine Zeit schlimmer Verfolgungen und großer wirtschaftlicher Not fällt diesmal der 1. Mai. Die breiten Massen darben und sollen noch mehr unterdrückt werden.

auf zur Maitage!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. April.

Gebärstreit und Gebärzwang.

Zu dieser, für alle Arbeiterfamilien so überaus wichtigen Frage schreibt uns ein Leser:

Bezugnehmend auf die Ausführungen der Genossin Ziegler im 'Schulprogramm', welche ja leider nicht zur Diskussion standen, möchte ich doch verschiedenes widerlegen, um keine Unklarheit in die Reihen der Arbeiter zu bringen.

Was ist mit dem Bau der Rosenthaler Brücke?

Es wird uns geschrieben: Bei der allgemeinen herrschenden großen Arbeitslosigkeit würde es von den Arbeitern sehr begrüßt, daß endlich mit dem Bau der beiden neuen städtischen Brücken über die alte Oder der Rosenthaler und Hundsfelder Brücke begonnen würde.

erledigt oder die Straßensperrung noch nicht erwirkt ist. So unglücklich der Grund liegt, so herrscht er doch, wie uns von wohlunterrichteter Stelle bestätigt wird, auf Wahrheit.

Ein städtisches Pfandbriefamt

Ist vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung bereits im vorigen Jahre beschlossen worden; aber bis heute hat es seine Tätigkeit zugunsten der Hausbesitzer noch nicht aufgenommen.

Ein Blumentag, ähnlich dem im Mai 1911, soll am 12. und 14. Juni in Breslau veranstaltet werden. Geplant ist für Freitag, den 12. Juni, eine Vorfeier an dem Ausstellungsgelände im Scheitnauer Park.

Das israelitische Krankenhaus auf der Döwitzerstraße ist erweitert worden; der Erweiterungsbau wurde gestern eingeweiht. Das Krankenhaus ist jetzt mit 245 Betten ausgestattet, auch mit einer eigenen Apotheke.

Neubau der Josef-Gothelf-Stiftung. Der verstorbenen Rentier Josef Gothelf hatte dem hiesigen Magistrat 300.000 Mk. vermacht zur Errichtung von Häusern mit billigen Wohnungen für ordentliche fleißige oder arbeitsunfähige Leute ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses.

Aktionärsliste. Die Polat-Eisenbeton-Breslau Aktien-Gesellschaft hatte im Jahre 1913 einen Reinerwerb von 199.528 Mk. und verteilt 8 Prozent Dividende.

Zwangweise veräußert werden demnächst vom Amtsgericht Breslau folgende Grundstücke: Breslau-Böpelwitz Band 12, Blatt 475 am 8. Juni, Breslau-Böpelwitz Band 12, Blatt 489 am 8. Juni, Neue Waldbergstraße 127/Koschowitzstraße 44 am 15. Juni, Körnerstraße 15 am 17. Juni, Elbingstraße 14 am 17. Juni, Teichstraße 20 am 18. Juni, Herberstraße 8 am 9. Juni.

In Konkurs geraten sind kürzlich der Kaufmann Hugo Gutstabs, Fankfurterstraße 60, Inhaber des Kaufhauses 'Westend' und der Kaufmann Oskar Groch, Inhaber der Firma Adolf Schröder, vorm. Vinus Günter, Gartenstraße 49.

Straßensperrung. Wegen Kanalisierungsarbeiten wird die Kreuzung Scheibenerweg-Schützenstraße vom 29. April an auf eine Woche für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Freigabe der Kleifstraße. Die städtische Baupolizeiverwaltung bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß die Kleifstraße zwischen Hoherollern- und Hardenbergstraße, dem öffentlichen Verkehr übergeben worden ist.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Victoria-Theater. Das gegenwärtige Programm mit dem April-Attraktionen: dem lustigen Nachtentwender 'Der Herr ohne Wohnung', des Getauschphänomen Michael Wostwin in der Szene 'Der Traum eines Müllers', und 'Welt, der Menschenhund, den reizenden Tänzerinnen Nybo und Balowskaja und dem unverwundlichen Carl Schmitz in der Burleske 'Derbstmann & Co.' gelangt nur noch an drei Abenden zur Aufführung.

Ringkämpfe im Zeltgarten. Mit großer Ueberlegenheit siegte Montagabend Saft gegen seinen Herausforderer im ersten Gang in 5 Minuten, im zweiten Gang in 3 Minuten. Der Kampf Rühnöl gegen Löwe mußte in 15 Minuten wegen Verletzung Rühnöls abgebrochen werden.

Eröffnung des Sommergartens im Dominikaner. Am 1. Mai eröffnet die Direktion des Dominikaner Clemens Großer das herrliche Garten-Variete mit vollständigem neuem Künstlerpersonal. In erster Linie ist verpflichtet, das wirklich erstklassige 'Del bei Entwürfen', 5 Damen, 5 Herren, deren Stärke in Berliner und Budapest Komödien besteht.

Bereine und Versammlungen.

Strzelczyk kommt. Man schreibt uns: Montag, den 4. Mai, veranstaltet die beliebte Berliner Volksänger-Gesellschaft Strzelczyk im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen humoristischen Abend. Der Besuch dieses Abends verpflichtet sich nicht zu werden, da die früheren Vorzüge regelmäßig von dem hiesigen Volkstheater verboten wurden.

Nur Vertrauen.

Die Ausgesperrten und die Aktionäre.

Nur Vertrauen sollen die Arbeiter der Linde-Hofmann-Werke zu ihrer Direktion haben, sagt Herr Vankler Chrombach, der Vorsitzende der Generalversammlung der Aktionäre. Im übrigen erklärt er aber öffentlich, daß der Vorstand mit den Maßnahmen der Direktion ganz einverstanden sei. Herr Chrombach müde den Ausgesperrten etwas viel zu. Der Direktion Vertrauen entgegenbringen, das hiesse, sich wie ein Esel das Fell über die Ohren ziehen lassen. Soll eine Einigung wirklich beschließend für beide Teile sein, dann darf man nicht immer nur den Arbeitern Vertrauen und Geduldigkeit predigen, sondern man muß gerecht sein. Auch dem Arbeiter gebührt ein Teil vom Segen seines Fleißes, der sich in breiten Strömen auf die Aktionäre ergießt. Sollte man doch sehr gut statt 17 Prozent wenigstens 10 Prozent Gewinn ausstellen können. Um aber nach Außen hin den Schein zu wahren, als müßte gepart werden, begünstigt man sich mit einem geringeren „Entbehrungslohn“. Dieselben Leute aber, die eben zufrieden schmanzeln den schweren Gewinn in die Taschen stecken, wurden bitterer, als man ihnen ein bißchen ans Gewissen kloppte und auf die „Sparsamkeit“ des Herrn Eichberg hinwies. Da waren die Zeiten wieder so bitter schlecht, und man sorgte ja so sehr für die Arbeiter, sie sollten doch nur Vertrauen haben. Wenn nähme man sie wieder auf, aber die Abzüge zu reduzieren, — nein, davon sprach keiner dieser Herren. Im Gegenteil, als Herr Stadtkorridor Scharie die Frage aufstieß, da stellten sich die Herren am liebsten tot. Der Vortrag ist so bezeichnend, daß wir ihn möglichst wortgetreu wiedergeben.

Vankler Carl Chrombach: Ich stelle anheim, wenn Sie sonst noch Wünsche haben, an Vorstand und Aufsichtsrat Anfragen zu richten.

Stadtkorridor Scharie: Ich möchte meine Frage wiederholen, es sind welche Schritte getan, um die die gesamte Arbeiterschaft und die Bewohner der Nikolavorstadt schwer schädigende Arbeiterbewegung zu beenden?

Vankler Carl Chrombach: Auch Vorstand und Aufsichtsrat haben den Wunsch (?), daß die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen und daß der Betrieb in gewohnten Bahnen wie bisher allen Teilen zum Nutzen weitergeht. Eine weitere Erklärung möchte ich in dieser Sache nicht abgeben.

Scharie: Meine Frage geht dahin, ob Schritte getan worden sind, um Verhandlungen mit den Leuten einzuleiten.

Chrombach: Es haben Verhandlungen stattgefunden, die aber zu einem Resultat nicht geführt haben.

Scharie: Ich bin seit einem Vierteljahrhundert Bewohner der Nikolavorstadt, und ich erinnere mich nicht, daß ein solch schwerer Kampf, wie wir ihn jetzt haben, je vorgekommen wäre. Es wäre wirklich dringend erwünscht, daß Schritte getan werden, um ihn zu beenden. Meine Herren, die anderen Aktionäre wissen nicht, wie schwer einzelne um ihre Existenz zu kämpfen haben. Die Ungerechtigkeit ist ganz gewaltig. Es ist als dringend erforderlich, daß etwas getan wird. Ich bin auch unterrichtet, und kann mit Material dienen. Ich weiß nicht, ob alle Aktionäre unterrichtet sind. Ich glaube, daß es jetzt nicht Zeit ist, solche schwere Abzüge am Lohn vorzunehmen. Soweit ich unterrichtet bin, haben die Leute nicht Mehrforderungen gestellt, sondern es ist ihnen abgezogen worden. Vielleicht kann hierüber Auskunft gegeben werden.

Chrombach: Ich verstehe den Wunsch des Aktionärs vollkommen. Er ist 25 Jahre Einwohner der Nikolavorstadt; ich habe die Ehre, 25 Jahre im Aufsichtsrat der Gesellschaft zu sitzen. Und die Herren Aktionäre werden mit der Gerechtigkeit verfahren lassen, daß bisher die Aktienbesitzer sehr gut gefollet gewesen ist, und daß die Aktionäre nur Angenehmes von ihr gekostet haben. Und zwar zum großen Teil infolge der Tatkraft der leitenden Männer. Ich bezweifle nicht, daß der Aktionär seine Ausführungen nach seiner Überzeugung gemacht hat. Ich glaube aber, daß er nach meiner Ansicht falsch unterrichtet war. Die Generalversammlung ist indes nicht der Ort, auf diese Sache näher einzugehen. Wir können nur den Wunsch des Aufsichtsrats und der Direktion aussprechen, daß der Friede so bald wie möglich hergestellt wird. Ich erkläre namens des Aufsichtsrats hiermit in aller Deffentlichkeit, daß wir von allen Schritten der Direktion vollständig unterrichtet sind, daß wir von allen Versammlungen in dieser Angelegenheit und von allen Berichten der hiesigen Zeitungen genau unterrichtet waren, und daß wir voll und ganz die Schritte der Direktion gebilligt haben. Ich hoffe, daß der Aktionär mit dieser Erklärung zufriedig ist.

Gewerkschaftsleiter Philipp: Auch die Arbeiterschaft ist bereit, einen ehelichen Frieden zu schließen. Wenn aber der Herr Vorsitzende sagt, daß Verhandlungen stattgefunden haben, so ist das nicht wahr, sondern es sollten welche stattfinden, doch die Direktion hat sie durch ihr ablehnendes Verhalten verhindert. Wenn den Kommissionsmitgliedern zugestimmt wird, daß sie erst ihr Einverständnis mit den gemachten Abjügen bekommen sollen, ehe in die weiteren Verhandlungen eingetreten wird, dann sind dies eben keine Verhandlungen. Unter Verhandlungen verstehe ich, daß beide Teile eine eingehende Aussprache über die strittigen Fragen betreiben, und durch gegenseitiges Entgegenkommen den Weg zur Verständigung ebnen. Das sind Verhandlungen (Wohlgemeinte Aktionäre: Sehr richtig!), was anders handelt, der heißt eben keine Einigkeit.

Die Arbeiter haben in den früheren Zeiten der Leitung ein Uebermaß von Vertrauen entgegengebracht; wenn aber gegebene Versprechen, ja schriftliche Absmachungen, die mit den Worten der Direktoren unterzeichnet sind, kurzerhand beseitigt werden, dann muß das Vertrauen schwinden. Ich habe die Schriftstücke zur Beweiskraft hier. Ich glaube an das eheliche Verlangen des Herrn Vorsitzenden, doch bitte ich, alles zu tun, um dies zu erfüllen.

Chrombach: Meine Herren! Ich möchte nicht, daß der Aktionär von der Richtigkeit seiner Ausführungen überzeugt ist. Aber er muß uns, die wir eine recht lange Zeit hier in der Gesellschaft wirken, auch glauben, daß, wenn wir eine Sache prüfen, daß wir bestrebt sind, sie zu prüfen, mit wenn wir zu einer Entscheidung gelangen, daß die Einigung von Herz und Verstand diktiert ist, was ich hinzufügen möchte. Ich meine, wir können, wie die Sache hier liegt, nichts anderes tun, als Vertrauen von den Arbeitern verlangen. Vertrauen müssen sie haben, und wenn sie das nicht haben, dann ist die Situation außerordentlich schwierig. Die Generalversammlung ist aber dazu da, im Interesse der Gesellschaft Auskunft zu geben. Die Interessen der Gesellschaft verstehen aber, welche auf die Tatsachen einzugehen. Ich kann nur bitten, zu glauben, daß, wie ich schon erklärt habe, wir nicht von dem Herrn Vorstande oder von dem Wunsch, nur recht viel Geld zu verdienen, motiviert worden sind, sondern daß wir auch mit dem Herzen dabei sind. Auch unter der jetzigen Direktion sind wir bemüht, unsere Arbeiter möglichst günstig zu stellen. Weitere Auskünfte kann ich unter diesen Umständen geben.

Philipp: Auch ich bin der Auffassung, daß Vertrauen von beiden Seiten nötig ist. Aber das Vertrauen wird eben erschüttert, wenn man den Arbeitern unter schriftlich gewisse Garantien gibt und dann einfach die Sachen nicht hält. Daran muß alles Vertrauen scheitern.

Chrombach: Ich meine, wir haben Vertrauen zu unseren Arbeitern, aber unsere Arbeiter müssen auch zu uns Vertrauen haben. Auf Details kann ich nicht eingehen.

Scharie: Ich möchte nur fragen, wo Auskunft gegeben werden kann, wenn die Generalversammlung nicht der Ort dazu ist.

Chrombach: Die Arbeiter werden bei der Direktion stets ein williges Ohr finden. Meinungsverschiedenheiten sind zu lösen. Ich meine, nur das Vertrauen ist es, das gefehlt hat.

Philipp: Wir, der Vorstand, vertreten den Vorteil der Fabrik, der „aufwärts“ gerade sehr schön mit unserem eigenen Vorteil zusammenfällt. Außer den Dividenden, dem Gewinne des Geschäftes, geht uns weiter gar nichts etwas an. Wir haben natürlich auch ein Herz für die Arbeiter, die uns den Reichtum schaffen; doch sieht dieses Herz gar sehr einem Geldbeutel ähnlich. Ist unser heiliger Gewinn in Gefahr, dann haben alle schönen Gefühle zu schweigen und nur der „Verstand“ darf regieren.

Ob dieser „Verstand“ dem Aufsichtsrat diesmal nicht einen großen Poffen spielt? Vielleicht wäre es doch auch vom Standpunkt einer ausgekochten Geldbeute gefasster, wenn das Herz ein bißchen mitspräche. Regiert der „Verstand“ nämlich noch ein paar Monate so weiter wie bisher, dann wird der ganze Betrieb argen Schäden leiden und die Aktionäre werden das letzte Mal so fette Dividenden geschluckt haben. Das aber sollen sich die Herren nicht etwa im Traume einbilden, daß die Arbeiter „vertrauensvoll“ zu Kreuze kriechen werden. Ohne Entgegenkommen kein Friede.

Im Kriminalbureau erschossen.

Das Breslauer Schwurgericht verurteilte am Montag Nachmittag den Bureauverwalter Georg Müller wegen Unterschlags zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Die Anklage lautete auf Mord, das heißt Tötung eines Menschen mit Hebelung. Die Geschworenen bejahen indessen nur die Schuldfrage auf Unterschlag, also einer unüberlegten Tötung unter Verjagung mildernder Umstände.

Der Angeklagte macht durchaus nicht den Eindruck eines rohen Wadbruden. Der schwächliche junge Mann mit seinem klaren Gesicht schäme nach der Aufforderung des Vorsitzenden seinen Lebensgang und den Hergang der Tat. In seiner Jugend sei er oft krank gewesen. Nach der Schulentslassung habe er ebenfalls wegen Krankheit wiederholt seinen Beruf wechseln müssen. Der 23jährige Angeklagte ist bisher völlig unbefristet. Was den Fall selbst betrifft, so erzieht Müller, daß er zu der 15jährigen Martha Rupprecht, die in Oktober 1913 zum Rechtsanwalt Dr. Czaja in Stellung trat, von Anfang an eine tiefe Zuneigung hatte. Sie habe jedoch von ihm nichts wissen wollen und sich seinen Liebesbezeugungen gegenüber stets sehr kühl verhalten. Auch habe sie erklärt, überhaupt nicht ketzeln zu wollen, weil sie die Absicht habe, in ein Kloster als Nonne einzutreten. Müller glaubte Urteile zu dem Verdacht zu haben, daß sein Arbeitgeber ebenfalls ein Auge auf das Mädchen warf. Sie soll ihm (Müller) einmal erzählt haben, Dr. Czaja habe sie auf seinen Schoß genommen und sei dabei sehr zärtlich gewesen. Vor Gericht erklärte der Anwalt unter dem Tode, er habe niemals unaufrichtige Beziehungen zu seiner verstorbenen Angestellten gehabt. Müller war unter diesen Umständen von allhörender Eifersucht erfüllt. Wiederholt kam es zwischen ihm und der Rupprecht zu heftigen Auseinandersetzungen im Bureau. In seiner Erregung habe er sie oft sogar geschlagen. Daraus erfuhr der Anwalt und dieser hat sich auch genötigt gesehen, der Rupprecht zum 1. Mai die Stellung zu kündigen, um diesem unehelichen Verhältnis, das zwischen diesen beiden Angestellten herrschte, ein Ende zu bereiten. Müller ließ trotzdem von dem Mädchen nicht ab. Er soll sie im Bureau nicht nur geküßt, sondern auch einmal unzüchtig berührt haben. Später habe sie ihn dabei unwillig abgewiesen. Da sei ihm schließlich der Gedanke gekommen, sich einen Revolver anzuschaffen, um mit dem Mädchen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

Am Morgen des 6. April habe er den Revolver nebst Patronen zu sich gefehlt und sei damit ins Bureau gegangen. In der neunten Stunde zeigte er dem Mädchen die geladene Waffe und fragte sie, ob sie ihm gut sein wolle, andernfalls „leben wir beide die Heterstage nicht“. Als sie ihm wieder eine ausweichende Antwort gab, sei er sehr erregt geworden und habe den unglückseligen Schuß abgefeuert, der dem Mädchen ins Gehirn gedrungen ist. Darauf habe er die Waffe auf sich gerichtet, aber deshalb nicht abgefeuert, weil er Schritte fürchte. Vor dem Untersuchungsrichter hat Müller zuvorn zugestanden, daß er die Rupprecht nach vorheriger Mordüberlegung erschossen habe. Das widerrief er jedoch in der Hauptverhandlung, indem er von einer Erregung sprach, die ihm die Herrschaft über seinen Willen geraubt habe. Wie sehr der Angeklagte von Eifersucht geplagt war, beweist ein Brief, den Müller an die Mutter der Rupprecht einmal geschrieben hat. Er suchte darin die Mutter, doch ihre Tochter aus der Stellung zu nehmen, da ihr „Seelenheil gefährdet“ sei. Das konnte nur den Sinn haben, daß sich der Anwalt an dem Seelenheil seiner Angestellten verständig habe. Der Anwalt war mit den Leistungen des Angeklagten sehr zufrieden. Sein Gehalt betrug monatlich 70 Mk., das Mädchen verdiente nur 25 Mk. im Monat. Gegen die bevorstehende Entlassung des Mädchens hat Müller Einspruch erhoben mit dem Hinweis darauf, daß der Vater des erschossenen Mädchens zu 12 Jahren in Zuchthaus saß.

Der Staatsanwalt, Dr. Clager, fasste seine Ausführungen dahin zusammen, daß er die Geschworenen ersuchte, den Angeklagten des Mordes schuldig zu sprechen. Die Geschworenen sollten sich nicht abschrecken lassen, vor der den Angeklagten treffenden Todesstrafe. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Weiser, vertrat die Ansicht, ein wohlüberlegter Mord liege nicht vor. Der Angeklagte selbst erklärte in seinem Schlusswort, er habe den Plan, das Mädchen umzubringen, niemals mit sich herumgetragen, aber er wolle die Todesstrafe gern annehmen als Sühne für seine unkluge Tat. Nachdem die Geschworenen die Frage um Unterschlag bejaht hatten, beantwortete der Staatsanwalt am 2. Jahre Zuchthaus. Das Mindestmaß wären fünf Jahre, das Höchstmaß zehn Jahre Zuchthaus gewesen. Das Urteil wurde auf den Angeklagten einen mehrfachenmündigen Einbruch. Der Vorsitzende hält darüber ausgeführt, Müller werde als kranker, leidender Mann eine so schwere und lange Strafe garnicht überleben können.

Der Hauptvertrauen war, wie immer bei solchen Gelegenheiten, bis auf den letzten Platz gefüllt. Bei der Ausgabe der Eintrittskarten auf dem Polizeigebäude war ein geradezu lebensgefährlicher Andrang herrschend, und die Reihen wählten ohne Karte wieder ab. In weiten Kreisen wird das Urteil mit Befriedigung aufgenommen. In es fehlt nicht an Stimmen, die da meinen: „Nur zu wenig, der Kerl mußte gehängt werden“. Die so sprechen, machen sie ansehens nicht los, was es heißt, zehn volle Jahre hinter Zuchthausmauern anzubringen.

Zwei Juppelins in Kergat! Wie den „Polener Reue“ Nachrichten“ aus Johannisthal telegraphiert wird, soll der demnächst seinen ständigen Aufenthalt in Polen nehmende „Z.“ auf seiner Reise von Johannisthal nach Posen über Blegung fahren und dort eine Zwischenlandung vornehmen. Trifft die Nachricht zu, dann würde Bleigny zu gleicher Zeit zwei Juppelins herbeibringen. Die Abfahrt des „Z.“ von Johannisthal sollte in der Nacht vom Sonntag zum Montag stattfinden, unterblieb aber wegen des ungünstigen Wetters.

Neber den Hund im Dienste der öffentlichen Sicherheit und seine Abrichtung sprach am Sonnabend im Rahmen des Saal des Konzerthauses der Kriminalkommissar Diecker und Bleigny. Neber empfiehlt für Polizeizwecke Hunde mittlerer Größe. Die Verwendung der Hunde anlangend, erachte es der Vortragende als erwiesen, daß der Polizeihund als Ermittler von Straftaten meistens nur auf dem Lande mit Erfolg benutzt werden kann, wo die Spur des Täters nicht so leicht verwischt wird, wie in der Großstadt; hier kommt der Hund meistens nur als Schutz- und Hülfstier in Frage. Bei der Dressur der Hunde warnt Neber vor dem Schlagen; gute Erfolge erreichte man nur mit einer freundlichen, folgerichtigen Behandlung. Schließlich mahnt der Vortragende, auch beim Hunde nur deutsche Worte zu verwenden. Nicht weniger als 175 Lichtbilder unterfütterten den lehrreichen Vortrag.

Gegen das Fruchtgeld. Ein italienischer Fruchtgeschäftler hat vor dem Stadtschlichter um die Erlaubnis zum Verkauf von Selter und Traufen auf der Brunnenstraße 8. Der Magistrat, vortretend wandte ein, man sollte den Verkauf von Fruchtgeld auf der Straße möglichst einschränken, wie überhaupt den Verkauf von Fruchtgeld. Erfahrungsgemäß kauft der Schuldner das kalte Eis und verberben sich damit den Magen. Würde dem Händler noch die Erlaubnis erteilt zum Selteraushauf, so würde man den Verkauf noch fördern. Die Erlaubnis wurde deshalb verweigert.

Woodsunglied. Sonntag mittag kurz nach 1 Uhr kam ein Arzt mit seiner Ehefrau in einem Ruderboot die Oble entlang gefahren. An der Maurikusbrücke stieß das Boot an einer Brückensteiler an und schlug um. Mann und Frau nebst einem Tackelbunde stürzten ins Wasser, wurden aber alsbald durch herbeikommende Boote gerettet. Nur der Hund ist ertrunken.

Unfall auf der Straße. Am Sonnabend nachmittag eine Neuenempfangerin von einem Straßenbahnzuge erfasst, umgeworfen und eine Strecke geschleift worden. Die Frau erlitt Verletzungen im Gesicht und an den Händen; Sanitätsleute der Feuerwehr legten ihr einen Verband an und schafften sie in ihre Wohnung.

Wertwürdiger Unfall einer Haderin. Als eine Frau am vergangen Sonntag mittag auf dem Wege von der Schulbrücke in den Innenmarkt einboog, war dort auf dem Bürgersteig ein Vogelhändler mit seinem Dobermannhunde in Zwiepsalt geraten. Er jagte das Tier auf den Straßendamm in den Augenblick, wo die Haderin vorbeikam. Diese konnte nicht mehr ausweichen, der Hund stieß gegen ihr Rad und ne stürzte. Dabei zog sich die Frau Quetschungen am Ellenbogen und an der Hüfte zu, ihr Jackett und Rock wurden zerrissen und das Rad verboren.

Selbstmordversuch eines Kindes. Wegen einer Summe hat sich ein etwa 10 jähriges Mädchen in einem Hause auf der Viktorastrasse Montag nachmittag gegen 3 1/2 Uhr die Pulsader aufgeschnitten. Mit einem Krankenautomobil wurde das Mädchen in ein Krankenhaus geschafft, nachdem die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr ihr einen Notverband angelegt hatten. Das Mädchen war mit ihren Schwestern weilen einer Sommer in Stret geraten, und da es die strittige Summe nicht erhielt, beging es die unglückliche Tat.

Von Messerkehrern überfallen wurde in der Nacht zum Sonntag auf der Stockgasse ein Schimmel. Zwei unbekannt junge Burden trachten ihm Messerliche in die Rippen und in die Hüfte bei. Die Hebelstärker sind darauf entlaufen, der Verletzte begab sich in die Unfallstation.

Vermist wird seit dem 21. April der Neuenempfangler August Ciga, der 86 Jahre alt und etwa 1,60 Meter groß ist. Er hat graues Kopfhaar und grauen Vollbart, dunkle Augen und war bekleidet mit dunklem Jackettanzug und schwarzem steifen Hut.

Selbstmordversuch. Heute früh 5 1/2 Uhr versuchte ein Schneider dadurch seinen Leben ein Ende zu machen, daß er sich die Pulsader der linken Hand aufschnitt. Das wurde aber rechtzeitig bemerkt, und man ließ sofort die Samariter herbeikommen, die dem Lebensmüden einen Notverband anlegten. Als sie aber den Mann ins Krankenhaus schaffen wollte, bekam er plötzlich einen Tobuchtsanfall und er mußte in die Nervenklinik auf der Einbaumstraße geschafft werden.

1300 Mark abhanden gekommen. Einem Kaufmann auf der Dolauerstraße ist am 23 April abends auf dem Wege von der Dolauerstraße bis zur Ostauerstraße eine braune Briefstasche mit 1300 Mark abhanden gekommen. Sie ist von jemand gefunden worden, der bisher nichts abgegeben hat.

Einbruch. In der Nacht zum Sonntag ist ein Dieb in einen Schrebergarten am Friezenplatz eingedrungen und hat aus dem erbrochenen Kaninchenstall ein Kaninchen im Werte von 5 Mk. gestohlen. — In derselben Nacht ist in eine Destillation auf der Sonnenstraße eingebrochen worden. Der Dieb stahl 3 Kisten Bittern und 450 Bittern, ferner einen Satz Chembein- und einen Satz Gummitöpfe, 6 Fünd Leber- und eine Brühwerk, außerdem 150 beschädigte Bittern und ein Paar Gamachen. — Am 25. April nachmittag ist die Wohnung eines Kandidaten der Zahnheilkunde, der mit einem Referendar zusammen auf der Schmiedevorstraße wohnt, erbrochen worden. Der Dieb hat zwei Kräfte, zwei dunkelbraune und einen hellbraunen Jackettanzug und ein Paar Schweißhüte gestohlen.

Diebstahl vor der Markthalle 11. Am Sonnabend vormittag wurde einer Vorpostenbinderin ihr vierdrädriger Strohwagen mit Butter, Eier und Gemüse vor der Markthalle an der Gartenstraße entführt.

Firmenschild gestohlen. In der Nacht zum Sonntag ist das über dem Schaufenster einer Fischhandlung auf der Friedrich-Wilhelm-Straße angebrachte Firmenschild im Werte von 20 Mk. abgerissen und gestohlen worden.

Werkzeug gestohlen. Aus dem Hofe des Grundstückes Ohlauwer 27 ist am 23. April ein brauner Holzkasten, enthaltend Pinsel, Streichbürsten, Schwämme, 100 Stück Schablonen und ferner ein Arbeitsanzug aus Drillich gestohlen worden. Vor Ankauf der gestohlenen Gegenstände, die zusammen einen Wert von etwa 165 Mark haben, wird gewarnt.

Wilddieberei. Am Gräblicher Gemeindefriedhof, der nach der Lohse zu durch einen Drahtgitterzaun abgegrenzt ist, fand am Sonnabend ein Oberlandesgerichtsrat in der Schlinge einen Hasen, der schon einige Tage dort liegen mußte, da es bereits in Verwesung übergegangen war und in die Abdeckerei geschafft werden mußte. Die Schlinge war so angebracht, daß sich Hasen im Drahtgitterzaun verfangen mußten.

Briefkasten.

N. N. 1090. Die Scheibe, die der achtjährige Sohn beim Ballspiel zerbrochen hat, muß von Ihnen allein voll ersetzt werden. War die Scheibe einmal, so haben Sie auch für die Materie zu sorgen. Vielleicht können Sie sich mit dem Wirt in Güte auf einen geringeren Satz einigen.

H. N. 1090. Sofort ausziehen dürfen Sie nur, wenn die Wohnung gesundheitsgefährlich war. Ob sie das gewesen ist, darüber hat nicht allein der Mieter zu entscheiden. Wenn es zur Klage kommt, wird das Gericht sicherlich einen Sachverständigen vernehmen. Wie dann das Urteil ausfällt, ist sehr zweifelhaft. Wir können Ihnen nicht empfehlen, eine Klage einzureichen, weil eben durchaus nicht feststeht, daß Sie den Prozeß gewinnen müssen.

Zwei glückliche Tage

Schwank in 4 Akten von Schönbach und Kadelburg. Ehrenabend für Oscar Will.

Bei aller Wertschätzung unseres "Oscar Will" kann man die immer wiederkehrenden Benefize für Herrn Will nicht recht begreifen. Die Dichtung wird sich sagen, ja der Mann ist bei dem Breslauer Spektakelpublikum so beliebt, daß "sein Abend" immer ein volles Haus verbürgt. Leider ist dem so. Damit soll nichts gegen Herrn Will gesagt sein, der in seiner Art einen ganz herrlichen und warmherzigen Humor verkörpert, sondern gegen die Stille, in denen er auftritt. Pöffen und Schwänke sind die geistliche Lieblingskost des Breslauer Theaterpublikums geworden und der Komiker ihr Abgott.

Zur Ehre des Herrn Will sei es aber gesagt, daß sein "Onkel Glücklich" nicht bloße Pöffenarbeit war, sondern daß er diesen alten Onkel in seiner Zurückhaltung mit einem stillen sonnigen Humor erfüllte. Leider ist es aber dieser stille Humor nicht, der Herrn Will so beliebt macht, sondern es ist der Pöffenreißer, den er so oft darstellt. In Herrn Galpern als Freisinger mit dem überforderten Wiener Humor fand er einen würdigen Partner. Somit wären noch die Herren Machold und Kustermann und Frau Maeder, Stegmann (die als Erbarme fähig war) sowie die Damen Stach, Probst und Kriss aus dem flotten Ensemble des Abends lobend zu erwähnen.

Als besondere Zugabe hatte Herr Will einen gut zusammengestellten Konzertteil eingeschoben, an dem Mitglieder des Stadt-Theaters — die Damen: Margta Meisch, Frieda Bauer, Ferner die Herren: Herold-Wuttmann und Helmut Alschowich (Violine) mitwirkten. Herr Wörter hatte die Begleitung am Flügel übernommen.

Schlesien und Posen.

Provinz Posen.

Somit berufen wir den diesjährigen ordentlichen Provinzial-Parteitag am Sonntag, den 7. Juni d. J. nach dem Lokal "Schweizeral" zu Posen, Kronprinzstraße 41, ein. Beginn pünktlich vor-mittag 11 Uhr.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1913/4. Ref.: Genosse Hartwig.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Die politische Situation. Referent: Ein Parteivorstandsmitglied-Verlin.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Genossen! Die Besichtigung des Provinzial-Parteitages erfolgt durch Delegierte auf Grund des Organisations-Statuts des Bezirksverbandes. Nach § 4 des Statuts hat jeder Wahlkreis 13 zu 50 Mitgliedern einen Delegierten und auf jede weitere 50 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu entsenden. Die Delegationskosten hat jeder Kreis selbst zu tragen.

Wir bitten nun umgehend Versammlungen abzuhalten, um zum Provinzial-Parteitag Stellung zu nehmen und die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Anträge sind uns bis spätestens den 15. Mai d. J. einzureichen, da wir Anträge drei Wochen vor Stattfinden des Parteitages veröffentlichten müssen.

Bromberg, den 27. April 1914.

Der Bezirksvorstand.

J. M.: Theodor Hartwig.

Auf zu den Maifeier-Versammlungen!

In der Provinz Posen finden in folgenden Orten Versammlungen statt:

- Posen im Lokal "Schweizeral",
Bromberg im Arbeiterkasino,
Schulich im Vereinslokal,
Kolmar im Lokal von Klein,
Schneidemühl im Cafe "Wesend",
Schönlank im "Schönenhaus".

Referenten sind die Genossen: Bernau, Stössel, Schulz, Winter und Pittau.

Genossen! Sorgt für zahlreichen Besuch!

Der Bezirksvorstand.

Bromberg, 28. April. Die Kreis-Generalsammlung findet am Sonntag, den 8. Mai, statt und nimmt pünktlich um 9 Uhr ihren Anfang. Die Delegierten werden gebeten, pünktlich zur Stelle zu sein.

Neustadt O.S., 28. April. In die Falle gegangen. In Hiltersdorf (Ostpreußen) wurden Ende voriger Woche zwei elegant gekleidete Herren angehalten, die in einem Landauer fuhren. Bei einer Durchsichtung des Wagens wurden in mehreren Pöckelkannen 100 Pakete Sacharin im Gesamtgewicht von 44 Kilogramm aufgefunden. Als die beiden zur Legitimation angehalten wurden, gab der eine an, aus Neustadt in Preussisch-Schlesien zu stammen, verweigerte jedoch die Angabe seines Namens. Der angebliche Komplize des Sacharin-Schmugglers entpuppte sich zur größten Ueberraschung als ein österreichischer Steuerbeamter, der seit mehreren Monaten mit dem Sacharin-Schmuggler herumreiste, um die Kundenschaft für Sacharinischmuggel kennen zu lernen. Der Beamte hatte es verstanden, das Vertrauen des Schmugglers zu erwerben, fungierte jedoch tatsächlich als Kontrolleur der Tatkraft desselben. Gelegentlich der monatelangen Reisen, die das Finanzorgan mit dem Schmuggler machte, gelang es die Adressen von über hundert Personen festzustellen, welche geschmuggeltes Sacharin bezogen. — Hoffentlich bleibt der Name des angeblich von hier stammenden Herrn nicht unbekannt.

Jahry, 28. April. Drei Opfer der Grube. Ohne tödliche Unfälle zur höheren Ehre der Grubenmagnaten verfehlt fast kein Tag in Oberschlesien. Vom Montag allein werden drei gemeldet, während ein vierter mit knapper Not dem Tode entging.

Auf der Wolfganggrube wurde der Füller Karl Pilscher aus Zabrze-Bozemia durch herabfallende Kohlenmassen erschlagen. Die Leiche wurde in das Knappschafslazarett Bielschowitz geschafft.

Auf der Ferdinandsgrube ereignete sich am Sonnabend ein bedauerlicher Unglücksfall, dem zwei Bergleute zum Opfer fielen und bei dem ein dritter Bergknappe mit knapper Not dem Tode entging. Infolge Einatmung von giftigen Grubengasen sind nämlich die beiden Rohrlieger Brandner aus Bogutschütz sowie Franz Deloch aus Zawadzke erstickt, während der dritte Rohrlieger Wischog gerettet werden konnte.

Bergmannslokal

Breslauer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht über den Viehmarkt am 27. April 1914. Der Auftrieb betrug: 8 Rinder, 1854 Schafe, 888 Kalber, 289 Schafe. Hierzu Heberstand vom vorigen Markt: 1 Rind, 7 Schafe.

Es wurden gezüchtet für 50 Kilogramm:

Table with columns: Schlachtgewicht, Lebendgewicht, and various categories of livestock (Rinder, Schafe, Kalber, etc.) with corresponding weights and values.

Der Geschäftsgang war mittelmäßig. Die weitere Entwicklung des Geschäftsganges wird nach Oberbesehung: 67 Schafe. — Heberstand bestellbar: 3 Rinder, 28 Schafe, 888 Kalber.

Von den Schweinen wurden verkauft: 3 zu 60, 10 zu 49, 37 zu 48, 110 zu 47, 223 zu 46, 221 zu 45, 409 zu 44, 279 zu 43, 99 zu 42, 81 zu 41, 19 zu 40, 1 zu 39, 8 zu 37, 4 zu 37, 12 zu 35, 1 zu 28 Markt.

Bersammlungen und Vereine.

Mittwoch, den 29. April: Sozialdemokratischer Verein, abends 8 Uhr: Generalversammlung im Seewerkschaftshause.

Advertisement for Juno Cigarettes. Features a portrait of a man and the text 'Juno 2's Cigarette JOSEPH Cigaretten KON-LINON'.

Advertisement for Minlosches Waschpulvers. Text: 'Als alleintätiges Waschmittel ist Minlosches Waschpulvers... Wie ein Mann hängen Millionen daan. Preis: 25 Pfennige das Ein-Pfund-Paket'.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Large directory of businesses in Breslau. Includes categories like Kaufhaus, Uhren und Goldwaren, Werkzeugzeuge, Zahn-Ateliers, and various shops with addresses and phone numbers.

Nur Vertrauen.

Die Ausgesperrten und die Aktionäre.
Nur Vertrauen sollen die Arbeiter der Linke-Gosmann-Werke zu ihrer Direktion haben, sagte Herr Bankier Chrombach, der Vorsitzende der Generalversammlung der Aktionäre. Im übrigen erklärte er aber öffentlich, daß der Vorstand mit den Maßnahmen der Direktion ganz einverstanden sei. Herr Chrombach mußte den Ausgesperrten etwas viel zu. Der Direktion Vertrauen entgegenbringen, das heiße, sich wie ein Schaf das Fell über die Ohren ziehen lassen. Soll eine Entlohnung wirklich befriedigend für beide Teile sein, dann darf man nicht immer nur den Arbeitern Vertrauen und Gutmütigkeit predigen, sondern man muß gerecht sein. Auch dem Arbeiter gebührt ein Teil vom Ertrag seines Fleißes, der sich in kreitenden Ströme auf die Aktionäre ergoß. Sollte man das sehr gut statt 17 Prozent wenigstens 10 Prozent Gewinn ausstellen können. Um aber nach Nutzen hin den Schein zu wahren, als müsse geparkt werden, begünstigte man sich mit einem geringeren „Entlohnungslohn“. Dasselbe Leute aber, die eben jubelnd schmunzelnd den schweren Gewinn in die Taschen stecken, wurden bitterer, als man ihnen ein bißchen ans Gewissen tippte und auf die „Sparbarkeit“ des Herrn Schöberg hinwies. Da waren die Zeiten wieder so bitter schlecht, und man sage ja so sehr für die Arbeiter, sie sollten doch nur Vertrauen haben. Wenn nähme man sie wieder auf, aber die Abzüge zu ändern, — nein, davon sprach keiner dieser Herren. Im Gegenteil, als Herr Stadtbürgermeister Scharte die Frage anführte, da stellen sich die Herren am liebsten tot. Der Vortrag ist so bezeichnend, daß wir ihn möglichst wortgetreu wiedergehen.

Bankier Karl Chrombach: Ich stelle anheim, wenn Sie sonst noch Wünsche haben, an Vorstand und Aufsichtsrat Anfragen zu richten.

Stadtbürgermeister Scharte: Ich möchte meine Frage wiederholen, so und welche Schritte getan sind, um die die gesamte Arbeitererschaft und die Bewohner der Nikolavorstadt schwer schädigende Arbeiterbewegung zu beenden?

Bankier Karl Chrombach: Auch Vorstand und Aufsichtsrat haben den Wunsch (P), daß die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen und daß der Betrieb in gewohnten Bahnen wie bisher allen Teilen zum Nutzen weitergeht. Eine weitere Erklärung möchte ich in dieser Sache nicht abgeben.

Scharte: Meine Frage geht dahin, ob Schritte getan worden sind, um Verhandlungen mit den Leuten einzuleiten.

Chrombach: Es haben Verhandlungen stattgefunden, die aber zu einem Resultat nicht geführt haben.

Scharte: Ich bin seit einem Vierteljahrhundert Bewohner der Nikolavorstadt, und ich erinnere mich nicht, daß ein solch schlimmer Kampf, wie wir ihn jetzt haben, je vorgekommen wäre. Es wäre wirklich dringend erwünscht, daß Schritte getan werden, um ihn zu beenden. Meine Herren, die anderen Aktionäre wissen nicht, wie schwer Einzelne um ihre Existenz zu kämpfen haben. Die Ungünstigkeit der Lage ist ganz gewaltig. Es ist also dringend erforderlich, daß etwas getan wird. Ich bin auch unterrichtet, und kann mit Material dienen. Ich weiß nicht, ob alle Aktionäre unterrichtet sind. Ich glaube, daß es jetzt nicht Zeit ist, solche schwere Abzüge am Lohn vorzunehmen. Soweit ich unterrichtet bin, haben die Leute nicht mehr fordern können, sondern es ist ihnen abgezogen worden. Vielleicht kann hierüber Auskunft gegeben werden.

Chrombach: Ich verstehe den Wunsch des Aktionärs vollkommen. Er ist 25 Jahre Einwohner der Nikolavorstadt; ich habe die Ehe, 25 Jahre im Aufsichtsrat der Gesellschaft zugebracht. Und die Herren Aktionäre werden mit der Gerechtigkeit verfahren lassen, daß bisher die Arbeiterbewegung sehr gut geleitet gewesen ist, und daß die Aktionäre nur Ungenügenes von ihr gehört haben. Und zwar zum großen Teil infolge der Tätigkeit der leitenden Männer. Ich bezweifle nicht, daß der Aktionär seine Ausführungen nach seiner Überzeugung gemacht hat. Ich glaube aber, daß er noch meiner Ansicht falls unterrichtet war. Die Generalversammlung ist indes nicht der Ort, auf diese Sache näher einzugehen. Wir können nur den Wunsch des Aufsichtsrats und der Direktion ausdrücken, daß der Friede so bald wie möglich hergestellt wird. Ich erkläre namens des Aufsichtsrats hiermit in aller Deutlichkeit, daß wir von allen Schritten der Direktion vollständig unterrichtet sind, daß wir von allen Verhandlungen in dieser Angelegenheit und von allen Berichten der hiesigen Zeitungen genau unterrichtet waren, und daß wir voll und ganz die Schritte der Direktion gebilligt haben. Ich hoffe, daß der Aktionär mit dieser Erklärung zufrieden ist.

Stadtbürgermeister Philipp: Auch die Arbeitererschaft ist bereit, einen ehrlichen Frieden zu schließen. Wenn aber der Herr Vorsitzende sagt, daß Verhandlungen stattgefunden haben, so ist das nicht wahr, sondern es sollten welche stattfinden, doch die Direktion hat sie durch ihre ablehnenden Verhalten verhindert. Wenn den Kommissionsmitgliedern zugestimmt wird, daß sie erst ihr Einverständnis mit den gemachten Abzügen bewilligen sollen, ehe in die weiteren Verhandlungen eingetreten wird, dann sind dies eben keine Verhandlungen. Unter Verhandlungen verstehe ich, daß beide Teile eine eingehende Aussprache über die strittigen Fragen herbeiführen, und durch gegenseitige Entgegenkommen den Weg zur Verständigung ebnen. Das sind Verhandlungen (Bestenfalls Aktionäre: Sehr richtig!), was anders handelt, der wünscht eben keine Einigkeit.

Die Arbeiter haben in den letzten Jahren der Leitung ein Liebeswort von Vertrauen entgegengebracht; wenn aber gegebene Versprechen, ja schriftliche Abmachungen, die mit den Regeln der Direktion unterzeichnet sind, kurzerhand beseitigt werden, dann muß das Vertrauen schwinden. Ich habe die Scheiterte zur Beweisführung hier. Ich glaube an das epische Verlangen des Herrn Vorsitzenden, doch bitte ich, alles zu tun, um dies zu erfüllen.

Chrombach: Meine Herren! Ich zweifle nicht, daß der Aktionär von der Wichtigkeit seiner Ausführungen überzeugt ist. Aber er muß uns, die wir eine recht lange Zeit hier in der Gesellschaft wirken, auch glauben, daß, wenn wir eine Sache prüfen, daß wir bestrebt sind, sie zu prüfen, und wenn wir zu einer Entscheidung gelangen, daß die Entscheidung von Herz und Verstand diktiert ist, was ich hinzufügen möchte. Ich meine, wir können, wie die Sache hier liegt, nichts anderes tun, als Vertrauen von den Arbeitern verlangen. Vertrauen müssen sie haben, und wenn sie das nicht haben, dann ist die Situation außerordentlich schwierig. Die Generalversammlung ist aber dazu da, im Interesse der Gesellschaft Auskunft zu geben. Die Interessen der Gesellschaft bestehen aber, weiter auf die Tatsachen einzugehen. Ich kann nur bitten, zu glauben, daß, wie ich schon erklärt habe, wir recht viel Geld zu verdienen, geliebt werden sind, sondern daß wir auch mit dem Herrn Bankier zufrieden sind. Auch unter der letzten Direktion sind wir bemüht, unsere Arbeiter möglichst glücklich zu stellen. Weitere Wünsche kann ich unter diesen Umständen geben.

Philipp: Auch ich bin der Auffassung, daß Vertrauen von beiden Seiten nötig ist. Aber das Vertrauen wird eben erfüllt, wenn man den Arbeitern unerschrocken gewisse Garantien gibt und dann einfach die Sachen nicht hält. Daran muß alles Vertrauen scheitern.

Chrombach: Ich meine, wir haben Vertrauen zu unseren Arbeitern, aber unsere Arbeiter müssen auch zu uns Vertrauen haben. Auf Details kann ich nicht eingehen.

Scharte: Ich möchte nur fragen, wo Auskunft gegeben werden kann, wenn die Generalversammlung nicht der Ort dazu ist.

Chrombach: Die Arbeiter wenden bei der Direktion stets ein williges Ohr. Meinungsverschiedenheiten sind zu lösen. Ich meine, nur das Vertrauen ist es, das fehlt hier.

Philipp: Wir, der Vorstand, vertreten den Vorteil der Fabrik, der „aufwärts“ gerade sehr schön mit unserem eigenen Vorteil zusammenfällt. Außer den Erträgen, dem Gewinne des Geschäftes, geht uns weiter gar nichts an. Wir haben natürlich auch ein Herz für die Arbeiter, die uns den Reichtum schaffen; doch sieht dieses Herz gar sehr einem Geldbeutel ähnlich. Ist unser heiliger Gewinn in Gefahr, dann haben alle schönen Gefühle zu schweigen und nur der „Verstand“ darf regieren.

Ob dieser „Verstand“ dem Aufsichtsrat diesmal nicht einen großen Posten spielt? Vielleicht wäre es doch auch vom Standpunkt einer ausgehöhlten Geldbeute gefasster, wenn das Herz ein bißchen mitspräche. Regiert der „Verstand“ nämlich noch ein paar Monate so weiter wie bisher, dann wird der ganze Betrieb argen Schäden leiden und die Aktionäre werden das letzte Mal so fette Erträge geschluckt haben. Das aber sollen sich die Herren nicht etwa im Traume einbilden, daß die Arbeiter „vertrauensvoll“ zu Kreuze kriechen werden. Ohne Entgegenkommen kein Friede.

Im Anwaltsbureau erschossen.

Das Breslauer Schwurgericht verurteilte am Montag Nachmittag den Bureauverwalter Georg Müller wegen Totschlages zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Die Anklage lautete auf Mord, das heißt Tötung eines Menschen mit Uebeltun. Die Geschworenen bejahen indessen nur die Schuldfrage auf Totschlag, also einer unüberlegten Tötung unter Verletzung miteinander Absichten.

Der Angeklagte machte durchaus nicht den Eindruck eines rohen Mordbuben. Der schmächtige junge Mann mit seinem blassen Gesicht schickte nach der Aufforderung des Vorsitzenden seinen Lebensgang und den Hergang der Tat. In seiner Jugend sei er oft krank gewesen. Nach der Schulzeit habe er ebenfalls wegen Krankheit wiederholt seinen Beruf wechseln müssen. Der 23jährige Angeklagte ist ledig, väterlich unbesorgt.

Was den Fall selbst betrifft, so erklärte Müller, daß er zu der 15jährigen Maria Kupprecht, die im Oktober 1913 zum Rechtsanwalt Dr. Czaja in Stellung trat, von Anfang an eine tiefe Zuneigung habe. Sie habe jedoch von ihm nichts wissen wollen und sich seinen Liebesbezeugungen gegenüber stets sehr kühl verhalten. Auch habe sie erklärt, überhaupt nicht heiraten zu wollen, weil sie die Absicht habe, in ein Kloster als Nonne einzutreten. Müller glaubte Maria zu dem Verstand zu haben, daß sein Arbeitgeber ebenfalls ein Auge auf das Mädchen warf. Sie soll ihm (Müller) einmal erzählt haben, Dr. Czaja habe sie auf seinen Hoch genommen und sei dabei sehr zärtlich gewesen. Vor Gericht erklärte der Anwalt unter dem Eid, er habe niemals unaufrichtige Beziehungen zu seiner verstorbenen Angestellten gehabt. Müller war unter diesen Umständen von allfälliger Eifersucht erfüllt. Wiederholt kam es zwischen ihm und der Kupprecht zu heftigen Auseinandersetzungen im Bureau. In seiner Erregung habe er sie oft sogar geschlagen. Davon erfuhr der Anwalt und dieser hat sich auch genötigt gesehen, der Kupprecht zum 1. Mai die Stellung zu kündigen, um diesem unehelichen Verhältnis, das zwischen beiden Angeklagten herrschte, ein Ende zu bereiten. Müller ließ trotzdem von dem Mädchen nicht ab. Er soll sie im Bureau nicht nur geliebt, sondern auch einmal unzüchtig berührt haben. Immer habe sie ihn dabei unwillig abgewiesen. Da sei ihm schließlich der Gedanke gekommen, sich einen Revolver anzuschaffen, um mit dem Mädchen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

Am Morgen des 6. April habe er den Revolver nebst Patronen zu sich gestellt und sei damit ins Bureau gegangen. In der neuem Stunde zeigte er dem Mädchen die geladene Waffe und fragte sie, ob sie ihm zum Feind wolle, andernfalls „leben wir beide die Feiertage nicht“. Als sie ihm wieder eine ausweichende Antwort gab, sei er sehr erregt geworden und habe den unglückseligen Schuss abgegeben, der dem Mädchen ins Gehirn gedrungen ist. Darauf habe er die Waffe auf sich gerichtet, aber deshalb nicht abgedrückt, weil er Schritte hätte. Vor dem Untersuchungsrichter hat Müller treuhaft zugegeben, daß er die Kupprecht nach vorheriger harter Uebeltun erschossen habe. Das widersteht er jedoch in der Hauptverhandlung, indem er von einer Erregung sprach, die ihm die Herrschaft über seinen Willen geraubt habe. Wie sehr der Angeklagte von Eifersucht geliebt war, beweist ein Brief, den Müller an die Mutter der Kupprecht einmal geschrieben hat. Er ersuchte darin die Mutter, doch ihre Tochter aus der Stellung zu nehmen, da sie „entsetzt“ sei. Das konnte nur den Sinn haben, daß sich der Anwalt an dem Seelenheil seiner Angestellten verständig habe. Der Anwalt war mit den Leistungen des Angeklagten sehr zufrieden. Sein Gehalt betrug monatlich 70 Mk., das Mädchen verdiente nur 25 Mark im Monat. Wegen die bevorstehende Entlassung des Mädchens hat Müller Anspruch erhoben mit dem Hinweis darauf, daß der Vater des erschossenen Mädchens zwölf Kinder zu ernähren hat.

Der Staatsanwalt, Dr. Glage, stellte seine Ausführungen dahin zusammen, daß er die Geschworenen ersuchte, den Angeklagten des Mordes schuldig zu sprechen. Die Geschworenen sollten sich nicht abdrücken lassen, vor der den Angeklagten treffenden Todesstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Weiser, verteidigte die Ansicht, ein wohlüberlegter Mord liege nicht vor. Der Angeklagte selbst erklärte in seinem Schlusswort, er habe den Plan, das Mädchen umzubringen, niemals mit sich herumgetragen, aber er wolle die Todesstrafe gern annehmen als Strafe für sein unglückseliges Tat. Nachdem die Geschworenen die Frage aus Totschlag bejaht hatten, beantragte der Staatsanwalt zehn Jahre Zuchthaus. Das Mindestmaß wären fünf Jahre, das Höchstmaß zehn Jahre Zuchthaus gewesen. Das Urteil machte auf den Angeklagten einen wiederkehrenden Eindruck. Der Verteidiger hat darüber angeführt, Müller werde als kranker, leidender Mann eine so schwere und lange Strafe garnicht überleben können.

Der Zuhörerraum war, wie immer bei solchen Gelegenheiten, bis auf den letzten Platz gefüllt. Bei der Aussage der Einzelurteile auf dem Polizeipräsidium soll ein geradezu lebensgefährlicher Anbruch geschehen sein und die Richter mußten ohne Pause wieder abgehen. In diesem Sinne wird das Urteil mit Beifriedigung aufgenommen. So, es fehlt nicht an Stimmen, die da meinen: Viel zu wenig, der Herr hätte geurteilt werden. Das so sprechen, maggen sie annehmend sagt klar, was es heißt, es zu volle Jahre hinter Zuchthausmauern anzuräumen.

Zwei Zeppelins in Regnitz! Wie den „Polenzer Nachrichten“ aus Johannisthal telegraphiert wird, soll der demnächst seinen ständigen Aufenthalt in Posen nehmende „Z. 7“ auf seiner Reise von Johannisthal nach Posen über Regnitz fahren und dort eine Zwischenlandung vorzunehmen. Trifft die Nachricht zu, dann würde Regnitz zu gleicher Zeit zwei Zeppelins beherbergen. Die Abfahrt des „Z. 7“ von Johannisthal sollte in der Nacht vom Sonntag zum Montag stattfinden, unterließ aber wegen des ungünstigen Wetters.

Neber den Hund im Dienste der öffentlichen Sicherheit und seine Abriktion sprach am Sonnabend im Kammermusiksal des Konzerthauses der Kriminalkommissar Veltzer aus Regnitz. Neber empfiehlt für Polizeiwache Hunde mittlerer Größe. Die Verwendung der Hunde anlangend, erachte es der Vortragende als erwünscht, daß der Polizeiwach als Ermittler von Straftaten meistens nur auf dem Lande mit Erfolg benützt werden kann, wo die Spur des Täters nicht so leicht verwischt wird, wie in der Großstadt; hier komme der Hund meistens nur als Schutz- und Hülfsmittel in Frage. Bei der Dressur der Hunde warnt Neber vor dem Schlagen; gute Erfolge erreiche man nur mit einer freundlichen, folgerichtigen Behandlung. Schließlich muß der Vortragende, auch beim Hunde nur deutsche Worte zu verwenden. Nicht weniger als 175 Lichtbilder unterstützten den freizeithen Vortrag.

Gegen das Fruchtgeld. Ein italienischer Fruchtgeldhändler hat vor dem Stadtausschuß um die Erlaubnis zum Verkauf von Seller und Krausen auf der Brunnenstraße 8. Der Magistrat vortrater wandte ein, man sollte den Verkauf von Fruchtgeld auf der Straße möglichst einschränken, wie überhaupt den Verkauf von Fruchtgeld. Erfahrungsgemäß kaufen Schulkinder das teure Eis und verderben sich damit den Magen. Würde dem Händler noch die Erlaubnis erteilt zum Sellerverkauf, so würde man den Verkauf noch fördern. Die Erlaubnis wurde deshalb verweigert.

Bootsunglück. Sonntag mittag kurz nach 1 Uhr kam ein Arzt mit seiner Ehefrau in einem Ruderboot die Ohle entlang gefahren. An der Mauritusbrücke stieß das Boot an einer Brückenpfeiler an und schlug um. Mann und Frau nebst einem Tadelhunde stürzten ins Wasser, wurden aber alsbald durch herbeikomende Boote gerettet. Nur der Hund ist ertrunken.

Unfall auf der Straße. Am Sonnabend nachmittag ist eine Rentempfangerin von einem Straßenbahnzuge erfasst, umgeworfen und eine Strecke geschleift worden. Die Frau erlitt Verletzungen im Gesicht und an den Händen; Sanitätsleute der Feuerwehr legten ihr einen Verband an und schafften sie in ihre Wohnung.

Wertwürdiger Unfall einer Madlerin. Als eine Frau am vergangenen Sonntag mittags auf dem Rade von der Schubbrücke in den Hintermarkt einbog, war dort auf dem Bürgersteig ein Vogelhändler mit seinem Dohberhund in zweiwägel gestanden. Er jagte das Tier auf den Straßenrand in dem Augenblick, wo die Madlerin vorbeikam. Diese konnte nicht mehr ausweichen, der Hund stieß gegen ihr Rad und sie stürzte. Dabei zog sich die Frau Querschnitten am Ellenbogen und an der Hüfte zu, ihr Jäckel und Rock wurden zerrissen und das Rad verbogen.

Selbstmordversuch eines Kindes. Wegen einer Summe hat sich ein etwa 10 jähriges Mädchen in einem Hause auf der Viktoriastraße Montag nachmittag gegen 3 1/2 Uhr die Pulsadern aufgeschnitten. Mit einem Krankenautomobil wurde das Mädchen in ein Krankenhaus geschafft, nachdem die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr ihr einen Notverband angelegt hatten. Das Mädchen war mit ihren Schwestern wegen einer Summe in Streit geraten, und da es die strittige Summe nicht erhielt, beging es die unglückliche Tat.

Von Messerfeindern überfallen wurde in der Nacht zum Sonntag auf der Stadgasse ein Schumacher. Zwei unbekannt-junge Burden trachten ihm Messerfische in die Rippen und in die Hüfte bei. Die Uebelthäter sind darauf entlaufen, der Verletzte begab sich in die Unfallstation.

Kermisch wird seit dem 21. April der Rentempfangerin August Ehrig, der 86 Jahre alt und etwa 1,60 Meter groß ist. Er hat großes Kopfhaar und grauen Vollbart, dunkle Augen und war bekleidet mit dunklem Jackettanzug und schwarzem Pelzen Hut.

Selbstmordversuch. Heute früh 3 1/2 Uhr versuchte ein Schneider dadurch seinem Leben ein Ende zu machen, daß er sich die Pulsadern der linken Hand aufschnitt. Das wurde aber rechtzeitig bemerkt, und man ließ sofort die Samariter herbeiführen, die dem Lebensmüden einen Notverband anlegten. Als sie aber den Mann ins Krankenhaus schaffen wollten, bekam er plötzlich einen Tobjuchtsanfall und er wurde in die Verordnungsanstalt auf der Gubenerstraße gebracht werden.

1399 Mark abhanden gekommen. Einem Kaufmann auf der Plauerstraße ist am 23. April abends auf dem Wege von der Junkerstraße bis zur Salauerstraße eine braune Brieftasche mit 1300 Mark abhanden gekommen. Sie ist vor jemand gefunden worden, der bisher nichts abzugeben hat.

Einbruch. In der Nacht zum Sonntag ist ein Dieb in einen Schrebergarten am Friedenweg eingedrungen und hat aus dem erbrochenen Rankenstall ein Kaninchen im Werte von 5 Mk. gestohlen. — In derselben Nacht ist in eine Destillation auf der Sonnenstraße eingebrochen worden. Der Dieb stahl 3 Kisten Zigarren und 450 Zigaretten, ferner einen Satz Ellenbein- und einen Satz Gummihände, 6 Binden Leder- und eine Uhrwurfs, außerdem 150 beschädigte Zigarren und ein Paar Damenschuhe. — Am 25. April nachmittags ist die Wohnung eines Kandidaten der Zahnheilkunde, der mit einem Referendar zusammen auf der Schmiebebrücke wohnt, erbrochen worden. Der Dieb hat zwei Fracks, zwei dunkelbraune und einen hellbraunen Zettelanzug und ein Paar Schuhen gestohlen.

Diebstahl vor der Markthalle II. Am Sonnabend vormittag wurde einer Vorkosthändlerin ihr vierwädriger Schwagen mit Butter, Eier und Gemüse vor der Markthalle an der Gartheustraße gestohlen.

Firmenschild gestohlen. In der Nacht zum Sonntag ist das über dem Schaufenster einer Fischhandlung auf der Friedrich-Wilhelm-Straße angebrachte Firmenschild im Werte von 20 Mk. abgerissen und gestohlen worden.

Werkzeug gestohlen. Aus dem Hofe des Grundstückes Ohlau-Weer 27 ist am 28. April ein brauner Holzkasten, enthaltend Messer, Streichhölzer, Schwämme, 100 Stück Schablonen und ferner ein Arbeitszeug aus Drilling gestohlen worden. Vor Anlauf der gestohlenen Gegenstände die zusammen einen Wert von etwa 165 Mark haben, wird gewarnt.

Wildbiber. Am Gräbchener Gemeindefriedhof, der nach der Lohse zu durch einen Drahtgitterzaun abgegrenzt ist, fand am Sonnabend ein Oberlandesgerichtsarzt in der Schlinge einen Hasen, der schon einige Tage dort liegen mußte, da er bereits in Verwesung übergegangen war und in die Abdeckerei geschafft werden mußte. Die Schlinge war so angebracht, daß sich Hasen im Drahtgitterzaun verfangen mußten.

Briefkasten.

N. N. 1000. Die Scheibe, die der achtjährige Sohn beim Ballspiel zerklüftet hat, muß von Ihnen allein voll ersetzt werden. War die Scheibe beim, so haben Sie auch für die Waise zu sorgen. Vielleicht können Sie sich mit dem Wirt in Gölz auf einen geringeren Satz einigen.

150. Bromberg. Sofort ausziehen dürfen Sie nur, wenn die Wohnung gesundheitsgefährlich war. Ob sie das gewesen ist, darüber hat nicht allein der Mieter zu entscheiden. Wenn es zur Frage kommt, wird das Gericht sicherlich einen Sachverständigen vernehmen. Wie dann das Urteil ausfällt, ist sehr zweifelhaft. Wir können Ihnen nicht empfehlen, eine Klage einzureichen, weil eben durchgängig nicht feststeht, daß Sie den Prozeß gewinnen müssen.

Preussisches Abgeordnetenh.

65. Sitzung, Montag, den 27. April, vormittags 11 Uhr.

Von Trott zu Solz.

Allgemeine Besprechung des Kultusrats.

Abg. Tittich (Zentrum) wendet sich gegen die Reichsankunft...

Kultusminister von Trott zu Solz: Zur Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen...

Abg. v. von Canope (Natl.) ist gegen die Zulassung der Orden, die Kom unterliegen...

Fassung des Kaiserbriefes an die Landräte von Hessen? (Munche im Zentr.)...

Abg. Wierck (Freikons.) erklärt, daß die Kirchenaustrittsbewegung...

religiösen Gleichgültigkeit der Gebildeten auch dadurch entgegenzusetzen werden...

Abg. Gahoff (Vot.) würde in der Aufhebung des Jesuitenvereins eine Befreiung...

Abg. Schend zu Schweinsberg (Natl.): Die großen Aufwendungen für Bildungszwecke...

Abg. Ehrhardt (Vot.) bringt eine große Anzahl von Einzelfällen vor, die beweisen...

Abg. Ehrhardt (Vot.) bringt eine große Anzahl von Einzelfällen vor, die beweisen...

Kultusminister von Trott zu Solz: Der Unmut in der Paulskirche...

Geschichtskalender.

29. April:

- 1806 * Ernst Freiherr v. Feuchtersleben, Dichter und Verfasser des Werkes „Zur Dittzeit der Seele“.

Aus aller Welt.

Schwere Explosion auf einem russischen Dampfer.

Fünftehn Mann der Besatzung vermisst. Auf dem russischen Dampfer „Kometa“...

Wohlfahrts-Einrichtungen in der Gasindustrie im Arbeitsmuseum.

Auf der großzügig angelegten Fachausstellung „Das Gas - München 1914“...

Wieder ein neuer Justizirrtum?

Ein zweiter Fall Hamm.

Am November 1910 wurde der Weiskerjohn Gustav Sprenger vom Schörringergericht in Ebing zum Tode verurteilt...

Männer der Kirche zu tragen (Widerpruch b. d. Voten). Den Geistlichen irgendwelche Anordnungen über die Geltung des Kommunionunterrichts zu geben...

Abg. Ströbel (Soz.): Herr Wierck sprach von der Gleichheit der Kirchenaustrittsbewegung.

Es ist Verheerung des Ausnahmestrichs für die Jesuiten fort, ohne zugleich für volle Gleichberechtigung der Sozialdemokratie einzutreten...

das gesamte Lebensniveau der Arbeiter erhöhen. mit den Staatsrenten vergleichen sollten, so werden wir Sie an die gewaltigen Summen erinnern...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Religion gegen den Geburtenrückgang empfehlen. Im kirchlichen Frankreich herrscht das Zweifelschiffchen schon längst...

Markt, hingegen für jeden Universitätsstudenten 700 bis 800 M vom Staate ausgegeben.

Die Polizeistellen

von Berlin bezogen allein 30 Millionen und für den Militärmarkt gibt das Reich 2 1/2 Milliarden jährlich aus...

Gewerkschaftliches.

Der Kongress für einheitliches Angelegenheitsrecht.

Im Saale des Reichstageshauses in Berlin trat am Sonntag, den 27. April, der erste Kongress für einheitliches Angelegenheitsrecht zusammen...

Eines kam, wenn auch Andeutungen gemacht wurden, in den Ausführungen der Sprecher der einzelnen Organisationen...

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die beschriebenen Unterabteilungen in den Reichsberufämtern...

Der Kongress für einheitliches Angelegenheitsrecht erklärt es deshalb für dringend notwendig, daß, unbeschadet der Notwendigkeit...

Stadt und Provinz. Arbeiterverrat durch die polnische Berufsvereinigung.

Zu Vosen stehen seit dem 11. April die Köpfer (Kornfelder) in einem Abwehrkampf. Die Unternehmer hatten ihren Lohnfortzahlungsgeld, um eine Reihe Positionen des Nord...

Der Kampf gegen die Nordbrenner geht weiter. Der zwischen Streikenden und Staatsmilizen in Colorado abgeschlossene Waffenstillstand wurde gebrochen...

Die Rache der Streikenden. „Daily Chronicle“ meldet aus New York: Sonntag brannten sieben Bergwerke im Bergwerksbezirk Ludlow in Colorado...

Familiendrama in Hamburg. Der Fabrikarbeiter Schreyer hat seinen drei Kindern die Kehle durchgeschnitten und dann sich selbst erhängt...

